4. Jahrgang Nr. 260. Einzelnummer 8.— M.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 8.— Mk. Durch Austräger 37.50 Mk. pro Woche. Durch die Post 30.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionssprechst.: 5—6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluß Ring Nr. 8887.

Dienstag, 14. November 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 Mk. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Reklamen: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 30.— Mk.

Arbeiterregierung gegen Koalition.

Die Kommunisten für eine Arbeiterregierung in Sachsen.

Nachdem die Neuwahlen in Sachsen eine verstärkte Arbeitermehrheit gebracht haben, muß die Frage entschieden werden, wie die neue sächsische Regierung beschaffen sein soll. Die bisherige sozialdemokratische Regierung trieb verkappte Koalitionspolitik, was unsere Genossen veranlaßte, die Entscheidung für die Auflösung des Landtags zu geben. Unsere sächsischen Genossen bringen nunmehr nach der Neuwahl ihren Willen zum Ausdruck, eine Arbeiterregierung in Sachsen zu schaffen.

In einem Aufruf an die werktätige Bevölkerung Sachsens legt der sächsische Landesvorstand der Kommunistischen Partei seine Stellungnahme zur Regierung nieder. Der Aufruf stellt fest, daß die Wahlen den Willen der arbeitenden Massen Sachsens zu einer ernsten und rücksichtslosen Politik im Interesse der arbeitenden Klasse bekunden. Die VSPD. muß sich angesichts der wirtschaftlichen und politischen Gefahren, von denen die Arbeiterschaft in ganz Deutschland bedroht wird, entscheiden, ob sie weiter mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiter kapitalistische Wiederaufbaupolitik treiben oder ob sie mit den Arbeitermassen den Kampf um die Sicherung der Existenz, den Kampf um die Abwälzung der Lasten des kapitalistischen Zusammenbruchs von den Schultern des Proletariats auf die Bourgeoisie aufnehmen will.

Es wird nachdrücklichst auf die Beschlüsse des sächsischen Betriebsrätekongresses hingewiesen, der die Arbeiterparteien aufgefordert hat, eine Arbeiterregierung der geschlossenen Front der Bourgeoisie gegenüberzustellen. Die Kommunistische Partei erklärt sich bereit, dieser Aufforderung nachzukommen und Schulter an Schulter mit den übrigen Klassengenossen den Kampf für jene Forderungen zu führen, die wiederholt vom ADGB. und der VSPD. aufgestellt wurden. Die Kommunistische Partei erklärt sich bereit, mit der VSPD. in Sachsen eine Arbeiterregierung zu bilden, deren Voraussetzung die Anerkennung des nachstehenden Programms ist.

1. **Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs. Vor allem Brot, Kartoffeln und Kohle, zu herabgesetzten Preisen. Heranziehung der staatlichen Betriebe (Güter, Berg- und Kraftwerke) zur Bekämpfung der Not der arbeitenden Bevölkerung.**
2. **Zur Beschaffung der erforderlichen Mittel: Sofortige Einziehung der Steuern bei den Besitzenden und Ausschreibung einer Zwangsanleihe in der Höhe von 30 Prozent der Vermögen.**
3. **Beschaffung von ausreichender Wohngelegenheit, Beschlagnahme der Luxuswohnungen und der nicht voll ausgenutzten Wohnräume. Beseitigung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, die das verhindern. Verbot der Betriebseinschränkungen durch die Syndikate in der Bau-Rohstoffindustrie und Beschlagnahme der nicht voll ausgenutzten Betriebe zur Beschaffung billiger Baumaterialien für den Wohnungsbau.**
4. **Verschärfte gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung des Achtstundentages. Produktionssteigerung durch Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen im Alter von 18 bis 58 Jahren. Gesetzliche Einführung der Produktionskontrolle durch die Organe des Staates von oben und der Arbeiterschaft von unten, zur Verhinderung der Produktionssabotage und wucherischen Preispolitik sowie der Einschränkung und Stillegung der Betriebe.**
5. **Sofortiger Erlaß einer Amnestie für politische und aus Not begangene Verbrechen und solche gegen die Paragraphen 213 und 219 des St.-G.-B., unter Ausschluß der Konterrevolutionäre.**
6. **Verbot des Einsetzens der Treuhand in Sachsen.**
7. **Bildung von Arbeiterwehren. Zusammensetzung der Polizei und ihrer Verwaltung aus freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten.**
8. **Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Aktion in Wort, Bild und Schrift. Sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen. Rücksichtslose Entfernung aller Beamten in Justiz, Polizei und Verwaltung, die nicht vorbehaltlos die republikanische Arbeiterregierung unterstützen.**
9. **Den Vollversammlungen der Betriebsräte und den periodisch zusammentretenden Landesbetriebsrätekongressen sind von der Regierung alle für die proletarischen Interessen wichtigen Gesetzesvorlagen zu unterbreiten.**
10. **Die wichtigste Aufgabe der Arbeiterregierung Sachsens ist die Mobilisierung der Massen gegen die verhängnisvolle und bankerotte Koalitionspolitik und die Bildung einer Arbeiterregierung im Reiche mit einem klaren Programm für die gesamte innere und auswärtige Politik.**

*

Wenn bei der sächsischen Sozialdemokratie der Wille bestände, eine Regierung zu bilden, die Ernst macht mit dem Kampf gegen die Bourgeoisie, so ist nunmehr die Errichtung einer Arbeiterregierung in Sachsen durchaus möglich. Nach einer Meldung, die der „Vorwärts" heute abend veröffentlicht, zeigt sich bereits, daß die Sozialdemokratie diesen Willen nicht hat. Eine Sitzung der verantwortlichen Körperschaften der sächsischen Sozialdemokratie, die am 10. November in Dresden stattfand, beschloß, die Kommunisten durch ein offizielles Schreiben aufzufordern, unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung in die Regierung einzutreten. Daß eine Arbeiterregierung unmöglich ist, die in der Vertretung der Interessen des Proletariats vor der Reichs- und Landesverfassung des kapitalistischen Staates Halt macht, dürfte auch jedem sozialdemokratischen Arbeiter klar sein. Die sächsische Sozialdemokratie versteckt sich hinter diesen kapitalistisch-demokratischen Verfassungen, um der Verpflichtung entboten zu sein, eine Regierung zu schaffen, die sich auf außerparlamentarische Organe der Arbeiterschaft stützt.

Im Reiche mit Stinnes, in Preußen mit Stinnes und in Sachsen nicht gegen Stinnes, das ist die Politik der VSPD.! Aber die sächsischen Arbeiter werden auf ihrem Betriebsrätekongreß von den Sozialdemokraten Antwort fordern, wie sie sich die Arbeiterpolitik ohne Arbeiterorgane vorstellen. Verschleierte Koalitionspolitik wird nicht mehr geduldet werden.

Das Kabinett des wirtschaftlichen „Wiederaufbaues".

Der Endkampf um die große Koalition beginnt. Die seit langem sich hinschleppende Krise des Kabinetts Wirth ist offiziell eröffnet. Den Demokraten, die mit der Aufforderung, die Stinnespartei in das Kabinett aufzunehmen, am Freitag beim Reichskanzler erschienen sind, hat Joseph Wirth geantwortet, daß Fritz Ebert ihn mit der Regierungsbildung beauftragt habe. Er will statt eines Koalitionskabinetts ein „Kabinett des wirtschaftlichen Wiederaufbaues" bilden.

Der naive Staatsbürger, der sich im Glauben gewiegt hat, daß Wirth seit zwei Jahren nichts anderes getan habe, als im Schweiße seines Angesichts wieder — aufzubauen, mit dem Erfolg allerdings, daß der Dollar 8000 Mark steht und die Masse des Volkes verhungert, dieser naive Deutsche fragt verwundert, warum denn jetzt und heute er mit dem Kabinett des Wiederaufbaues beglückt werden soll. Doch die Sache, so unsinnig sie scheint, hat einen klaren und für das Proletariat eindeutigen Sinn: mit dem Kabinett des Wiederaufbaues geht die „Sanierung der deutschen Wirtschaft" endgültig über in die Hände der Stinnespartei. Es wird, wenn das Proletariat nicht noch in letzter Stunde seine Macht gegen die kapitalistischen Räuber wendet, zur völligen Ausblutung der breiten Massen des Volkes führen.

Wirth, der Mann der Koalition und der Klassenversöhnung, legt Koalition und Versöhnung zu den Akten, weil er sonst von der Schwerindustrie zu den Akten gelegt würde. Der Mann, der im Republik-Schutzgesetz gegen links ausschlug, als nach seinen Reden der Feind rechts stand, lehnt mit dem Munde die große Koalition ab, um das Klassenregiment der Großbourgeoisie hinter der Hülle des Fachkabinetts aufzurichten.

Ebert führt, wie stets, hinter den Kulissen die Regie. Er ist der Präsident der großen Koalition. Er muß sie verwirklichen der Tat nach, wenn auch der Form nach noch Konzessionen an die immer noch nicht genug eingeseiften Arbeiter der eigenen Partei gemacht werden müssen. Wirth findet dieses dazu gehörende demokratische Phrasenmäntelchen. Die VSPD. macht unter lautem Gebrüll gegen Stinnes Landesverräterischen Anschlag auf Hilferdings „aktive Währungspolitik" und den Achtstundentag mit. Jetzt erklärt der „Vorwärts" schon, daß die Sozialdemokratie gegen den Einzug von Wirtschaftsvertretern in die Regierung nichts einzuwenden habe, nur ihr Wirtschaftsprogramm müsse man sich genau ansehen! Von dem eigenen Wirtschaftsprogramm der VSPD. ist keine Rede mehr, viel weniger noch vom Austritt aus der Regierung. Triumphierend kann die „D.A.Z." mitteilen, daß an dem Gerede, „daß die Sozialdemokraten eine ziemlich schroffe Haltung einzunehmen gedächten", nichts Wahres ist.

Wirth sucht, wie eine offizielle Meldung gestern erklärte, sachverständige und bewährte Männer, und das Großkapital ist bereit, sie zu stellen. Aber seine Bedingungen müssen angenommen werden. Diese Bedingungen sind: **Ueberarbeit, Ueberarbeit und noch einmal Ueberarbeit.**

Der Industrieritter Hugo Stinnes hat am 9. November im Reichswirtschaftsrat eine Rede gehalten, die die Absichten der Schwerindustrie verrät und gleichzeitig den fehlerhaften Zirkel aufzeigt, in dem sich das deutsche Kapital der Nachkriegszeit bewegt. Die Schwerindustrie, die Hauptantreiberin und Nutznießerin des Marksturzes, ist nicht unter allen Umständen gegen eine Stabilisierung der Mark. Sie erkennt, daß der Marksturz, der die Bedingung ihrer Fortexistenz ist, sie mehr und mehr dem ausländischen Kapital untertan macht. Sie hat den Traum des deutschen Imperialismus noch nicht völlig ausgeträumt. So sieht Herr Stinnes in weiter Ferne die Zeit, wo er wieder gleichmächtig neben den anderen Kapitalsmagnaten der Welt stehen wird und für diese ferne Zeit verspricht er der Arbeiterschaft — **die Bezahlung in Goldlöhnen.**

Aber die Sache hat ihren Haken. Eine Anleihe, die dem internationalen Finanzkapital die Früchte des deutschen Wirtschaftsverfalls in den Schoß werfen würde, paßt Stinnes nicht in den Kram. Höhnisch prophezeit er, daß diese Anleihe in wenigen Monaten restlos verpulvert sein würde. Die Schwerindustrie will die Stabilisierung — wie sie sie versteht — selbst herbeiführen. Sie will sie herbeiführen, indem sie die Arbeiterschaft bis zum Weißbluten ausbeutet.

„Man kann keinen Krieg verlieren und zwei Stunden weniger arbeiten wollen, das geht nicht. Ihr müßt arbeiten und noch einmal arbeiten und immer wieder arbeiten ... Deswegen glaube ich, muß man in Deutschland die Anschauung haben, der Bevölkerung zu sagen: Ihr müßt den Achtstundentag behalten, aber: Ihr müßt in absehbarer Zeit solange ohne Ueberbezahlung der Mehrstunden mehr arbeiten, bis Ihr eine aktive Zahlungsbilanz habt."

Aus dem Schweiß des Proletariats also sollen die für die Stabilisierung notwendigen Werte, sollen die Zinsen einer Stabilisierungsanleihe und die Reparationsleistungen herausgepreßt werden. Zum zweiten aber muß die Stabilisierung zu einem **möglichst niedrigen Kurse** erfolgen, denn sonst würden weniger die deutschen Kapitalisten als die ausländischen Besitzer riesiger, billig gekaufter Markbestände den Nutzen davon haben. Die Arbeiterschaft aber wäre auch hier wieder die Geprellte.

„Wir würden aber vor allen Dingen, wenn wir die Arbeiterschaft und die Beamtenschaft mit einer zu hohen Stabilisierung beglücken würden, zu einem Zeitpunkt, in dem gleichzeitig die ganzen bedeutenden Vorteile der Zwangswirtschaft verloren gehen, an den Zahlen rühren müssen, die sie sich inzwischen in der sauren Papiermark erkämpft haben. Und da man nicht die Einsicht erwarten darf, daß diese Zahlen nicht kampflos verteidigt werden, so würde uns das in neue Lohnkämpfe hineinbringen. Die Vorwürfe

Arbeiten, arbeiten, arbeiten!

Stinnes redet.

Die „DAZ." veröffentlicht die Rede, die Stinnes am 9. November im Wirtschafts- und Finanzpolitischen Ausschuß gehalten hat. Stinnes löst alles, die Reparationen, die Stabilisierung usw. durch die Mehrarbeit der Arbeiter. Er stellt die Frage: Wie kann die deutsche Volkswirtschaft produktiv gestaltet werden? Und er antwortet:

„Zusammengefaßt stehe ich und ich glaube auch in zunehmendem Maße andere Herren, die in die Weltverhältnisse eine gewisse Einsicht haben, auf dem Standpunkt, daß die Voraussetzung des Lebens in Deutschland ganz große Ueberarbeit ist und stehe nicht an zu erklären, daß nach meiner Ueberzeugung das deutsche Volk eine Reihe von Jahren, 10, 15 Jahre lang sicherlich zwei Stunden pro Tag wird mehr arbeiten müssen ..."

Stinnes lehnt eine Anleihe von 500 Millionen ab. Sie würde in zwei bis drei Monaten restlos verpulvert werden und die Situation wäre die gleiche wie früher. Als Voraussetzung jeder Stabilisierung bezeichnet er das „Aufhören aller Streiks".

„Die Voraussetzung jeder erfolgreichen Stabilisierung ist aber nach meiner Meinung, daß auf eine lange Zeit Lohnkämpfe und Streiks ausgeschlossen sind."

Und er erklärt:

„Ihr mögt den Achtstundentag behalten. Aber Ihr müßt in absehbarer Zeit solange ohne Ueberbezahlung der Mehrstunden mehr arbeiten, bis ihr eine aktive Zahlungsbilanz habt."

Nachdem er von der Notwendigkeit des Wiederaufbaus Frankreichs spricht, begreiflich, da Herr Stinnes gute Geschäfte am Wiederaufbau Frankreichs macht, ruft er kampfesmutig:

„Und das allerdings will ich Ihnen sagen: die Wehrlust ist bei mir nie gebrochen gewesen und wird auch in Zukunft nie gebrochen sein, solange ich lebe."

Er gibt die Parole aus:

„Man kann keinen Krieg verlieren und zwei Stunden weniger arbeiten. Das geht nicht. Ihr müßt arbeiten und noch einmal arbeiten und immer wieder arbeiten."

Und Stinnes verlangt, daß die Initiative dazu von der Regierung ausgehen müsse.

aussetzung jeder erfolgreichen Stabilisierung ist aber nach meiner Meinung, daß auf lange Zeit Lohnkämpfe und Streiks ausgeschlossen sind ..."

Hinter den „Goldlöhnen" des Stinnes steht also in Wirklichkeit der mit allen Mitteln der bürgerlichen Staatsgewalt durchzusetzende Lohnabbau, der den Lohnabbau vermittels der Geldentwertung ersetzen soll. Die deutschen Arbeiter sollen sich zu Tode arbeiten, um vom Regen in die Traufe zu geraten. Damit hat das deutsche Kapital aber aufs neue bewiesen, daß es so oder anders nur noch durch schrankenlosen Raubbau an der Arbeitskraft seine Existenz fristen kann.

Die Pläne des deutschen und internationalen Finanzkapitals weichen von denen der Schwerindustrie etwas ab. Jede der beiden Kapitalsgruppen will die deutsche Wirtschaft unter ihre Kontrolle stellen, will die durch ihren Verfall ermöglichten Ueberprofite selbst einstecken. Aber darin sind sie sich einig, daß die Mehrarbeit des Proletariats der einzige für sie gangbare Weg ist, der zu dem führt, was sie „Stabilisierung" und „Wiederaufbau" nennen, was in Wirklichkeit grenzenlos Elend und Massensterben für die werktätige Bevölkerung Deutschlands ist. Das ist die Grundlage, auf der die „sachverständigen und beherzten Männer" der Wirtschaft in die Regierung eintreten. Das ist die Grundlage für die Regierungspolitik — auch der Sozialdemokratie.

Die Großbourgeoisie ist am Werk, sich ihre Klassenregierung zu schaffen, die das Programm der Ueberarbeit verwirklichen soll. Das Proletariat muß ihr und ihrem mörderischen Plan die ganze Kraft seiner Klasse entgegenstellen. Es muß alles tun, daß seine Klassenregierung, die Arbeiterregierung, die getragen ist von der Einheitsfront des Proletariats, ihr entgegentreten kann. Die Stabilisierung der Mark im Interesse des arbeitenden Volkes ist nur möglich, wenn das arbeitende Volk selbst die Staatskontrolle über den Devisenhandel unter gleichzeitiger Beschlagnahme der gehamsterten Devisen durchführt. Die Verbilligung der Preise ist nur möglich durch die Arbeit der Kontrollausschüsse des arbeitenden Volkes. Die drückende Last der Steuern kann nur gemindert werden durch die Sachwerterfassung. Die Betriebsräte und die Arbeiterregierung sind die Organe der Werktätigen, die gegen das Fachkabinett, gegen die Stinnes-Koalition die Interessen des Proletariats zu vertreten und zu erkämpfen haben.

Neue Teuerungsunruhen.

Am Sonnabend vormittag kam es in Hannover in der Markthalle der Altstadt zu schweren Lebensmittelkrawallen. Einem Händler, der für ein Pfund Butter 1300 Mark verlangte, wurde der Butterkorb umgeworfen und die Butter von der Menge geraubt. Einem anderen Händler, der 1100 Mark für das Pfund forderte, erging es ebenso. Das Publikum stürmte den Stand des Händlers und nahm sich die Butter ohne Bezahlung. Eine Händlerin mit Gänsen und anderem Geflügel mußte unter polizeilichem Schutz aus der Halle geführt werden. Die Erregung der Menge war außerordentlich groß, der Schutzpolizei gelang es nur mühsam, allmählich die Ruhe wieder herzustellen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Ueber Unruhen in Köln-Kalk geht uns folgender Bericht zu: Die Stimmung unter der Kölner Arbeiterschaft ist infolge der Teuerung unzehnter erregt. In den letzten Tagen haben Protestkundgebungen gegen den Wucher stattgefunden. Am Freitag abend kam es in Kalk zu einem Zusammenstoß. Die Arbeiterschaft rottete sich vor den Geschäften zusammen und forderte erregt die Herabsetzung der Preise. Die Beamten der Kölner Polizei benahmen sich in außerordentlich provozierender Weise. Die bürgerliche Presse ging heute morgen zum Angriff gegen die Kommunisten über und bezeichnet sie als Urheber der Kundgebungen. Die Stimmung der Kölner Arbeiterschaft ist infolge dieser Ereignisse sehr gespannt.

Täglich kommen neue Meldungen über Lebensmittelunruhen und täglich kommen sie aus anderen Gegenden des Reiches.

Auch in Köln und Hannover ist die Polizei wieder in rücksichtsloser Weise vorgegangen. Dieses brutale Vorgehen zeigt den hungernden Massen deutlich, wie der kapitalistische Staat für sie sorgt. Wenn man aber glaubt, mit Verhaftungen und Brutalitäten die Massen zur Ruhe zu bringen, so wird man große Enttäuschungen erleben. Der Hunger ist ein stärkeres Argument als die Polizeiknüppel.

Die Häufung der Meldungen über Plünderungen in Verbindung mit der gegen sie aufgebotenen Waffenanwendung weist aber auch deutlich auf planmäßige Provokationen hin. Die gewerbsmäßigen Spitzel brauchen Unruhen, teils um die Mordlust bestialischer zu stillen, teils um den Kampfgeist der Arbeiterschaft im Blute ersticken zu können. Um so mehr muß deshalb die organisierte Arbeit der proletarischen Kontrollausschüsse verstärkt werden.

Ueberall entstehen Kontrollausschüsse.

Eine Eisenbahnerversammlung in Köln-Nippes, die sich mit der Teuerungsbewegung und der Ausmerzung der Arbeitsgemeinschaft beschäftigte, nahm eine Resolution an, in der es zum Schluß heißt:

„Als ersten Schritt in diesem verzweifelten Ringen entschließt sich deshalb die Versammlung, zur Selbsthilfe durch Bildung eines Kontrollausschusses zu schreiten, bestehend aus 9 Mann. Derselbe hat in erster Linie die Verbindung mit dem Kölner Kontrollausschuß aufzunehmen, dessen Forderungen restlos durchzuführen werden."

Die Bernsteiner und die Kommunistische Partei hatten in Godesberg und Siegburg die Bevölkerung zu großen Kundgebungen gegen die Teuerung und Verblendung aufgerufen. Nach den Referaten wurde in der Aussprache die sofortige Bildung von Kontrollausschüssen verlangt. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, in den nächsten Tagen abermals große öffentliche Versammlungen abzuhalten und in diesen die Wahlen vornehmen zu lassen.

Neue Provokationen gegen die Bergarbeiter.

Abgelehnter Schiedsspruch als verbindlich erklärt.

Die zur Bezahlung für den Kohlenbergbau mit Wirkung vom 1. 11. ab gefällten Schiedssprüche sind vom Reichsarbeitsministerium für den Zeitraum vom 1. bis 15. 11. 22 für verbindlich erklärt worden. Am 11. 11. haben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über eine im Kohlenbergbau vom 15. 11. ab zu gewährende weitere Lohnerhöhung begonnen.

Die Schiedssprüche, die das Reichsarbeitsministerium jetzt für verbindlich erklärt hat, sind von allen Bergarbeiterverbänden abgelehnt worden, weil sie viel zu geringe Lohnsätze bringen und das Kollektiv-Prämiensystem enthalten. Die Methode der Verbindlichkeitserklärung wiederholt sich in letzter Zeit immer häufiger, und dann noch System. Noch ehe die Schlichtungsordnung Gesetz ist, wird seine Verbindlichkeitsklausel schon praktisch angewendet. Für die erste Hälfte des November will man die Bergarbeiter trotz der rasend anschwellenden Teuerung zwangsweise mit den einmütig abgelehnten unannehmbaren Bedingungen abspeisen. Ihr knurrender Magen wird auf eine Lohnerhöhung für die zweite Hälfte des Novembers vertröstet. So wird systematisch dadurch die Lebenshaltung der in Ueberschichten schuftenden Bergleute immer tiefer gedrückt, was sie zur offenen Verzweiflung treiben muß.

Deshalb ist es auf das schärfste zu verurteilen, daß die Vertreter der Verbände diesen skandalösen Lohnraub ganz ruhig hinnehmen wollen, und nun, als ob nichts geschehen wäre, nur noch über die Löhne ab 15. November weiter verhandeln. Die Bergarbeiter werden sich bei dem Diktat des Reichsarbeitsministeriums nicht beruhigen. Sie fordern menschenwürdige Löhne, Nachzahlung ab 1. Oktober, Zurückweisung der verhetzenden Kollektivprämien und Kündigung des Ueberschichtenabkommens.

Knilling bayrischer Ministerpräsident.

Trotz ziemlich starker Widerstände innerhalb der bayrischen Mittelpartei, die die Regierungskrise ausnützen wollte, um sich statt des bisherigen einen Sitzes in der Regierung noch einen zweiten, das Handelsministerium, zu verschaffen, wurde der Ministerpräsidentschaftskandidat der Bayrischen Volkspartei, von Knilling, gestern im Landtag gewählt. Von den abgegebenen 143 Stimmzetteln lauteten 86 auf von Knilling, 51 waren unbeschrieben, 3 Stimmen zersplittert. Unter den 54 weißen Stimmzetteln befanden sich auch die der sozialdemokratischen Fraktion, die auf diese Weise ihre „Neutralität" gegenüber dem neuen Ministerpräsidenten zum Ausdruck brachte. Dabei ist die reaktionäre Gesinnung des Herrn von Knilling bekannt. Er ist es, der sich rühmte, er würde mit zwei Kompagnien zuverlässiger Truppen imstande gewesen sein, die Novemberrevolution in Bayern niederzuschlagen. Die Wahl des Ministerpräsidenten beseitigt die innerpolitische Spannung in Bayern keineswegs. Nach wie vor rasen die Orgeschbanden, denen der Reaktionär von Knilling noch nicht reaktionär genug ist, fieberhaft. Die sozialdemokratischen Führer, die es nicht einmal fertigbringen, gegen den Ministerpräsidenten in offene Opposition zu gehen, haben auch gegen den Orgeschaufmarsch nur halbe Maßnahmen.

Die bayerischen Stoßtrupps.

Die Lage in Bayern spitzt sich unter dem neuen Ministerpräsidenten immer mehr zu. Wir erwähnen ein paar Symptome:

In Nürnberg hat sich ein „Bund für Freiheit und Ordnung" gegründet, dem die Orgeschformationen, Christl. Jünglingsvereine, Deutsch-völkische, deutschnationale, sowie die bürgerlichen Turn- und Sportvereine umfaßt. Ihr Auftreten wird immer frecher. In einer der letzten Versammlungen der Völkischen (nach der Art des Berliner Bundes für Freiheit und Ordnung in der Gegend des Zirkus Busch) marschierten 200 bis 300 Jünglinge in militärischer Formation mit Knütteln, Streckbegen, Revolvern etc. zum Versammlungslokal und zurück. Auf den 19. November haben sie in Hof ein großes Treffen vereinbart .... Es sind übrigens bereits von Dresden stellenlose Offiziere nach München abgereist .... Dieser Tage fand auch in Fürth eine Kriegsdenkmaleinweihung, verbunden mit einem Garnisonfestum statt. Nach dem Feldgottesdienst marschierten Infanterie, Artillerie, Train usw. mit vollständig neuen Geschützen durch die Straßen, an der Spitze ehemalige Offiziere in Friedensuniform, zusammen mit Reichswehr und Landespolizei mit Stahlhelm und Gewehren. In der Mitte des Zuges marschierte u. a. auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Vogel ....

In dem Besitztum des Grafen Pappenheim an der Hauptstraße Trendlingen-Pappenheim, genannt „Grafenmühle", wurde, wie die „Fränkische Tagespost" berichtet, bei einer Haussuchung durch die Gendarmerie ein großes Waffen- und Munitionslager beschlagnahmt. Ob die Regierung der bayerischen „Ordnungszelle" wohl Aufklärung darüber verschaffen wird, (wie es die sozialdemokratische „Münchener Post" erwartet), wo die Waffen herstammen, und wozu sie von dem Herrn Grafen und seinen Hintermännern bestimmt waren?

Hitler und seine Nordgardisten.

In einer Münchener Versammlung forderte der bayerische Faszistenführer Hitler die Versammlungsteilnehmer auf, sich zu seiner „national-sozialistischen" Sturmtruppe zu melden. Alle, die sich nicht bereit erklären wollten, für ihn auch in den Tod zu gehen, mußten den Saal verlassen. Sodann hielt die bayerische Karikatur des italienischen Mussolini eine Ansprache an den Sturmtrupp, worin er wahrscheinlich erklärte, daß es sich nicht um den eigenen Tod, sondern um den Tod der anderen, d. h. um das ungehemmte Morden von Arbeitern handle. Es ist aber charakteristisch, daß sich in Bayern der Mordschwur unter den Augen der Regierung abspielen darf!

Reaktionäre bleiben unbehelligt!

Roßbach verhaftet und wieder freigelassen.

Der berüchtigte Freikorpsführer Roßbach ist am Freitag in Berlin durch die politische Partei verhaftet worden, weil er eine sehr rege Tätigkeit in der Begründung von faszistischen Geheimorganisationen entfaltet hat.

Herr Roßbach hat lange genug sein Handwerk treiben können, ohne daß er von der Polizei oder den Behörden irgendwie belästigt wurde. Dieser berüchtigte Baltikumer, dessen Mörderorganisation auch dann weiter bestand, wenn einmal irgend ein lendenlahmes Verbot gegen sie erging, hat offenbar die Zeit für gekommen, das Beispiel der Hitlergarden nachzuahmen. Es steht fest, daß er in enger Verbindung mit den bayrischen Hitlergarden stand.

Trotzdem hat der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes es abgelehnt, einen Haftbefehl gegen Roßbach zu erlassen. Die Berliner Polizei mußte ihn deshalb wieder freilassen. —

Herrlich leben die reaktionären Mörder in der deutschen Republik.

Großer Wahlerfolg der tschechischen Kommunisten.

Bei den Betriebsratswahlen im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier, deren Ergebnis bisher zu 75 Prozent bekannt ist, hat die Kommunistische Partei einen glänzenden Sieg davongetragen. Die Kommunisten erhielten 134, die tschechischen Sozialdemokraten (Regierungspartei) 93, die polnischen Sozialdemokraten 25, die Christlich-Sozialen 16, und die Nationalsozialisten (Regierungspartei) 1 Mandat. Es wird eine sichere kommunistische Mehrheit erwartet.

Eine Sitzung der Allrussischen Exekutive und der Moskauer Arbeiter-Organisationen mit dem Weltkongreß.

(Radio der „Inprekorr.")

Moskau, den 7. November 1922.

Heute abend fand im Großen Theater eine gemeinsame Sitzung der Allrussischen Exekutive und der Moskauer Arbeiter-Organisationen mit dem Kongreß der Komintern statt. Das Kongreßpräsidium wurde durch die über viertausend Anwesenden stürmisch begrüßt.

Genosse Kameneff eröffnete die Sitzung. Er betonte, daß sowohl Sowjetrußland als auch die Komintern gleicherweise Kampforganisationen des Weltproletariats seien. Die Sowjetmacht vereinigte Rußland von Archangelsk bis Batum und von Petersburg bis Wladiwostok. Die Kommunistische Internationale wächst, während sich der Kapitalismus sein eigenes Grab bereitet.

Kalinin betont darauf in einer Ansprache die Besserung der Lage der russischen Arbeiterschaft.

Sinowjew führt aus, daß Sowjetrußland noch nie so stark gewesen sei wie jetzt. Die Sympathie und die Unterstützung durch die Parteilosen wächst sichtbar. Seit der Demonstration während des SR.-Prozesses bis auf den heutigen Tag ist ein gewaltiger Zustrom der Parteilosen zu den kommunistischen Organisationen bemerkbar.

Bordiga-Italien erklärt, daß die italienischen Kommunisten den Faszismus mit den Methoden des Faszismus bekämpfen werden.

Eine Erklärung Berrons-Frankreich, daß die französischen Kommunisten einig und überzeugt seien von der Notwendigkeit der Schaffung einer starken kommunistischen Partei in Frankreich, wird von sämtlichen französischen Kongreßdelegierten unterstützt und von den Anwesenden stürmisch begrüßt.

Eine Delegation von Moskauer Arbeitern übergibt dem Kongreß ein künstlerisch ausgeführtes Standbild Lenins. Andere Fabrikkomitees übersenden Lenin Standbilder von Marx und Engels.

Smeral-Tschechoslowakei beglückwünscht das russische Proletariat zu den gewaltigen wirtschaftlichen Leistungen der Sowjetmacht und verspricht, daß die tschechoslowakischen Kommunisten alles tun werden, um die Vereinigung die italienischen Faszisten mit der süddeutschen Reaktion zu verhindern.

Koraloff-Bulgarien weist darauf hin, daß die Soldaten der Wrangel-Armee in Bulgarien der Konterrevolution den Rücken kehren.

Valetzky-Polen betont, daß die Kommunistische Partei Polens trotz des herrschenden grenzenlosen Terrors erstarkt.

Es sprechen sodann noch Webb für England, Orehan für die Türkei, Schüler für die Jugendinternationale. Radek schildert die Fortschritte der Komintern.

Zum Schluß bringt die Genossin Zetkin den Dank der Frauen an das russische Proletariat und die Rote Armee für die dargebrachten Opfer zum Ausdruck. Die Menschewiki und die SR. prophezeiten den Sturz der Sowjetmacht binnen weniger Monate. Heute, am fünften Jahrestag der Revolution, ist Rußland stärker als je. Das Weltproletariat wird dem russischen Beispiel folgen und den Sieg über den Kapitalismus davontragen.

Mit einer begeisterten Ansprache Kameneffs wird die denkwürdige Sitzung geschlossen.

Antwort der Reparationskommission.

Die Antwort der Reparationskommission auf das Schreiben des Reichskanzlers vom 8. November lautet: Die Reparationskommission hat die gestern von Ihnen mitgeteilte Note der deutschen Regierung nebst den ihr beiliegenden Urkunden zur Kenntnis genommen. Wie die Kommission, die zum Zweck einer Untersuchung hergekommen ist, schon vor ihrer Abreise bestimmt hatte, wird sie sofort nach ihrer Rückkehr nach Paris, die ihr von Ihnen unterbreiteten Vorschläge oder anderer, die sie für notwendig hält, über die Gesamtheit der Anfragen, die sie mit ihrer Regierung erörtert hat, einer Prüfung unterziehen.

Was die Junker alles fordern.

Gestern hielt der deutsche Landwirtschaftsrat in Berlin eine außerordentliche Vollversammlung ab. Der Staatssekretär Dr. Heinrich, der im Namen der Reichsregierung den Junkern eine Ansprache hielt, erklärte, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide im freien Verkehr sich zwar gut vollziehe, dagegen die Ablieferung des Umlagegetreides weit hinter den Lieferungen im Vorjahre zurückbleibt. Das ist weiter nicht verwunderlich, da die Agrarier ganz glänzende Geschäfte im freien Verkehr machen, indem sie die Preise noch schneller wie der Dollar steigt, erhöhen. Mit Ansprachen wird die Reichsregierung gewiß keine Aenderung herbeiführen. Das zeigen auch die Forderungen des Landwirtschaftsrats. Sie verlangen nichts weniger als die sofortige Ermäßigung der Umlage, außerdem sofortige Wiederherstellung der freien Wirtschaft oder bindende Erklärung der Regierung, daß mit Ende des laufenden Wirtschaftsjahres jede Art der Getreidezwangsbewirtschaftung aufhört. Sollte die Umlage in diesem Jahr noch aufrecht erhalten werden, so sei der noch abzuliefernde Teil der Getreideumlage nach dem freien Marktpreise zu bezahlen.

Außer diesen Forderungen auf dem Gebiet der Getreidebewirtschaftung verlangen die Junker Kredit zur Beschaffung von Betriebsmitteln und Aenderung des Steuerrechts. Alle Aufwendungen, die zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gemacht werden, sollen bei der Berechnung des Einkommens oder der Bewertung des Vermögens abgezogen, die Besteuerung des Riedererbes beseitigt werden. Weiter verlangt der Landwirtschaftsrat Verhinderung der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Industrie und Gewährung des freien Verfügungsrechts für den Gutsbesitzer über die Werkswohnungen. Für Düngemittel, Futterstoffe und

Stroh sollen Ausnahmetarife auf den Eisenbahnen mit einer Ermäßigung von 30 Prozent gewährt werden.

Die Forderungen der Junker werden durch die Konzessionen, die ihnen die Sozialdemokratie und die Koalitionsregierung macht, nicht gemäßigter, sondern immer größer und weitgehender. Erfüllt die Reichsregierung die Forderungen der Junker, dann muß der Brotpreis nicht nur verdoppelt, sondern vervierfacht und jede Woche neu erhöht werden, dann werden die Junker überhaupt keine Steuern mehr bezahlen und noch brutaler als bisher gegen die Landarbeiter durch die Verjagung aus den Werkswohnungen vorgehen können.

Die Reichsregierung wird sicherlich wieder ein Kompromiß zu schließen suchen. Für die Arbeiterschaft gibt es aber auf dem Boden dieser Forderungen kein Kompromiß, sondern nur schärfsten Kampf gegen den Wucher der Großagrarier. Die Lebensmittelversorgung kann nicht durch die reaktionäre Beamtenschaft, sondern nur durch die proletarischen Kampforgane, gemeinsam mit Landarbeitern und Kleinbauern gesichert werden.

Verschleppungsmanöver der Behörden?

Die schlesischen Justizbehörden scheinen es darauf abgesehen zu haben, die Untersuchungshaft unseres Genossen Kraft recht in die Länge zu ziehen. Mit einer erstaunlichen Gleichgültigkeit behandeln sie die Sache. Wir berichteten bereits gestern darüber, daß die Genossin Kraft am Sonnabend ihren Mann nicht sprechen konnte, weil kein Dolmetscher aufzutreiben war. Gestern haben wir einen erneuten Vorstoß bei den Behörden unternommen, daß Genossin Kraft nun endlich mit ihrem Kinde den Genossen Kraft besuchen kann. Sogleich stellten wir den Antrag, unseren Genossen öfters, als alle 14 Tage sprechen zu können, da dies angesichts dessen, daß er doch leitender Redakteur unserer Zeitung ist, unbedingt notwendig ist.

Als unser Vertreter, zur Erledigung all dieser Dinge, auf dem Amtsgericht war, wurde er nach der Staatsanwaltschaft verwiesen mit der Begründung, diese sei zuständig. Die Staatsanwaltschaft erklärte aber, daß sie für die Sache zuständig sei und verwies unseren Genossen zum Amtsgerichtsrat Leo. Dieser Herr ließ sich überhaupt nicht sprechen. Er ließ lediglich durch seinen jungen Mann erklären, er sei nicht zu sprechen und ihm ginge die Sache nichts an. Wenn wir etwas wollten, müßten wir es schriftlich abmachen.

Das geht offenbar darauf hinaus, die Sache zu verschleppen, um unseren Genossen recht lange in Untersuchungshaft behalten zu können. Auch sonst treiben es die Behörden genau so langsam. Schon kurz nach seiner Einlieferung stellte Genosse Kraft den Antrag, daß ihm Zeitungen geliefert werden. Bis heute ist von seinem Antrag nichts zu sehen. Als unser Vertreter danach forschte, war der betreffende Beamte „zufällig" nicht anwesend. Man muteie unserem Genossen zu, noch ein paar Stunden auf ihn zu warten, nachdem er bereits zwei Stunden vom Staatsanwalt zum Amtsgericht und umgekehrt gelaufen war.

Wir erheben gegen diese Methoden schärfsten Protest und fordern, daß der Prozeß unserem Genossen schleunigst gemacht wird. Ebenso verlangen wir, daß unsere Anträge nicht erst wochenlang in Aktenschränken verstauben, sondern sofort erledigt werden.

Die schlesische Arbeiterschaft muß mit uns dahin wirken, daß alle Verschleppungsversuche der Behörden zuschanden werden.

Die Kölner Metallarbeiter gegen die Taktik des ADGB. und für den Reichsbetriebsrätekongreß.

In Köln fand eine Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, auf der Reichert vom Hauptvorstand referierte. Der Kartellsekretär Genosse Jannack aus Remscheid hielt das Korreferat. Seine Argumente gegen die bisherige Gewerkschaftstaktik waren so durchschlagend, daß die Versammlung in ihrer Mehrheit einer Resolution zustimmte, in der die bisherige Taktik des ADGB. als unzulänglich bezeichnet und die Unterstützung des Reichsbetriebsrätekongresses durch die Gewerkschaften gefordert wird.

In einer zweiten Entschließung wird gegen die schwebenden Ausschlußverfahren gegen Kollegen protestiert, die sich für die Betriebsrätebewegung eingesetzt haben.

Diese Versammlung der Kölner Metallarbeiter ist nicht nur ein großer Erfolg unserer dortigen Genossen, sondern zugleich auch als ein Schlag gegen die ADGB.-Taktik zu werten, der sein Teil dazu beiträgt, die Gewerkschaftsführer, vor allem die des DMV., voran zu treiben.

Zur Beachtung!

An alle Kommunisten, Sympathisierende, Leser und Leserinnen der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" in den Orten Deutsch-Oberschlesiens, wo noch keine Ortsgruppen der Kommunistischen Partei bestehen.

In allen größeren Orten Deutsch-Oberschlesiens reisen bereits die Agenten des Bürgertums und des Kleinbürgertums umher, um für die kommenden Wahlen Stimmenfang zu treiben. Deutschnationale, Deutsch-Soziale (Knüppel-Kunze), Deutsche „Volks"-Parteiler, „Demokraten", Zentrumsleute, VSPD.-Männer und dergleichen mehr. Es ist unsere Pflicht, diesem, für das gesamte Stadt- und Landproletariat gefährlichen bezw. gemeingefährlichen Treiben entgegenzuwirken: sei es als Diskussionsredner in diesen gegnerischen oder durch Einberufung eigener Versammlungen.

Doch können wir das nicht immer, weil wir nicht überall kommunistische Ortsgruppen haben.

Wenn wir auch nicht überall Ortsgruppen haben, so befinden sich doch in sehr vielen Orten, in denen noch keine Ortsgruppe besteht, einzelne Genossen, Sympathisierende bezw. Leser der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung". Diese Genossen und Sympathisierenden können jetzt sehr viel für die Bewegung tun, wenn sie

1. **ihre genaue Adresse mitteilen an das Wahlkomitee der KPD., zu Händen des Genossen Josef Smolka, Gleiwitz, Hüttenstraße 2, Hüttengasthaus,**
2. **in ihrem Ort für irgend einen Tag ein Lokal mieten, in dem von der KPD. eine öffentliche Wahlversammlung stattfinden kann,**
3. **in ihrem Orte Versammlungsplakate ankleben, die ihnen auf Wunsch geliefert werden,**
4. **am Wahltag Stimmzettel vor dem Wahllokal verteilen.**

Wer von den Genossen, Lesern oder Sympathisierenden bereit ist, sich diesbezüglich an der Wahlbewegung zu betätigen, der gebe sofort seine Adresse an.

Jedem Einzelnen steht das Wahlkomitee gern mit Rat und Tat zur Seite. (Alle Kosten trägt das Wahlkomitee.) Alle Zuschriften und Anfragen sind zu richten

an das Wahlkomitee der KPD.,
zu Händen des Genossen Josef Smolka,
Gleiwitz, Hüttenstraße 2, Hüttengasthaus.

Sorgt für die Hungernden Rußlands!

Schlesische Rundschau.

Eine „Entschuldigung".

Vom Presseamt des Magistrats Breslau erhalten wir folgende Erklärung:

„Jung-Schlesien".

Der Leiter des städtischen Presseamtes bittet uns um Veröffentlichung nachstehender Erklärung:

„Für die Versendung des Aufrufs des Bundes „Jung-Schlesien" an die Tageszeitungen trage ich allein die volle Verantwortung. Der Magistrat als solcher hatte von der Angelegenheit vor der Veröffentlichung keinerlei Kenntnis. Ich selbst hatte den Aufruf nicht vorher gelesen, teils wegen Ueberlastung mit anderer Arbeit, teils, weil mir bekannt geworden war, es sei eine allgemeine, völlig neutrale Jugendorganisation in der Bildung begriffen und ich annahm, daß der Aufruf ihr gelte. Darin liegt selbstverständlich eine Versäumnis von mir, die ich keineswegs abstreiten oder beschönigen will und nur bedauern kann. Daß sich im übrigen meine persönliche Auffassung mit den Zielen des Bundes nicht deckt, brauche ich nicht besonders zu betonen. Jeder, der meinem öffentlichen Vortrage im städtischen Jugendheim am vergangenen Sonntage beigewohnt hat, wird davon ohnedies überzeugt sein."

Nur ändert diese Erklärung nichts daran, daß vom Presseamt des Magistrats, also von einer behördlichen Stelle, der Aufruf versandt wurde. Soviel Zeit müßte doch wenigstens da sein, sich die Unterschriften des Aufrufes einmal anzusehen. Und die lassen deutlich genug erkennen, welche Bewandnis es mit dem Bund „Jungschlesien" hat. Oder sollte der Leiter des städtischen Presseamts so weltfremd sein, daß er noch nicht weiß, was der Jugendbund Bismarck, was der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband ist? Die Magistratsbehörden sind doch sonst immer so vorsichtig! Erklärte doch beispielsweise der Stadtrat Tobler, als die Kommunistische Jugend eine Aktion gegen die Schundliteratur (!) einleitete, er könne einer Sitzung kein Zimmer zur Verfügung stellen, weil die Sache von der Kommunistischen Jugend ausgeht. Der Magistrat befleißigt sich also einer sehr merkwürdigen Neutralität!

Im übrigen gilt ja das Sprichwort: Mitgegangen, mitgehangen. Unsere Flugzettelverteiler fragt man nicht danach, ob sie den Inhalt der Schriften kennen, die sie verteilen. Die sperrt man einfach ein und läßt sie — wenn nur irgend eine Möglichkeit besteht — tagelang sitzen.

Die Erklärung ändert nichts daran, daß der Magistrat durch das Presseamt dem Bund „Jungschlesien" Vorspanndienste geleistet hat. Ob bewußt oder unbewußt ist gleichgültig, die Tatsache bleibt bestehen. Und damit hat er die faszistische Bewegung unterstützt. Liegt ihm daran, sein „Versehen" wieder gutzumachen, dann möge er beim Oberpräsidenten für die sofortige Auflösung des Bundes „Jungschlesien" wirken.

Der Wahlkampf in Oberschlesien.
Für den Wahlfonds!

Genossen! Die Wahlen kosten viel Geld. Die kapitalistischen Parteien haben es in Hülle und Fülle und können darum bei den Arbeitern auf Stimmenfang ausgehen. Wir müssen aus eigenen Kräften uns zu helfen versuchen.

Verdoppelt Eure Sammeltätigkeit! Sorgt dafür, daß die auf die Wahlfondslisten gesammelten Gelder sofort abgerechnet werden! Jede Mark ist wichtig! Wer schnell gibt und schnell abrechnet, gibt doppelt!

Das Wahlkomitee.

Aus der Arbeiter-Sportbewegung.

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschland.

1. Kreis, 2. Bezirk, Schlesien.

Sonntag, den 19. November, veranstaltet der 2. Bezirk in Niede-Hermsdorf, Hotel „Glückhilf", seinen diesjährigen Ringer-Wettstreit. Gerungen wird in 6 Klassen. Jugendklasse b von 14—16 Jahren, Jugendklasse a von 16—18 Jahren, Federgewichtsklasse bis 115 Pfund, Leichtgewichtsklasse bis 130 Pfund, Mittelgewichtsklasse bis 145 Pfund, Schwergewichtsklasse über 145 Pfund.

Drei Menschen

39) **Roman von Maxim Gorki.**

Hinter der Wand schrien und lärmten sie, daß die Gläser klirrten, und eine trunkene weibliche Stimme sang im Diskant:

„Ich kann nicht schlafen, kann nicht ruhen,
Der Schlummer flieht mich immerdar . . ."

„Hier soll man nun leben!" sagte Jakow halblaut.

„Ach ja—a," versetzte Ilja in demselben Ton. „Ich kann's schon begreifen, Bruder, daß du dich hier nicht wohl fühlst. Der einzige Trost ist, daß es überall so ist. Die Menschen sind schließlich alle gleich."

„Weißt du das wirklich so genau . . . das von meinem Vater und Jeremij?" fragte Jakow schüchtern, ohne den Freund anzusehen.

„Ich? Ich hab's doch selbst gesehen! . . . Erinnerst du dich noch, wie ich fortlief? Ich hab' durch eine Spalte gesehen, wie sie das Kopfkissen zunähten . . . der Alte röchelte noch."

Jakow zuckte mit den Achseln und sagte nicht ein Wort. Sie saßen lange schweigend da, beide in derselben Haltung, der eine auf dem Bett, der andere auf dem Stuhl. Dann erhob sich Jakow, schritt auf die Tür zu und sagte zu Ilja:

„Leb wohl!"

„Leb wohl, Bruder! . . . Nimm's nicht zu schwer! Was kannst du schließlich dazu tun?"

„Ich? Leider gar nichts . . ." sagte Jakow, während er die Tür öffnete.

Ilja folgte ihm mit den Augen und sank dann schwer auf sein Bett. Er hatte Mitleid mit Jakow, und von neuem brach in ihm der Haß gegen seinen Onkel, gegen Petrucha, gegen alle Menschen hervor. Er sah ein, daß ein so schwaches Wesen wie Jakow unter ihnen nicht leben konnte — dieser Jakow, der ein so gutes, stilles, reines Menschenkind war. Ilja ließ seinen Gedanken über die Menschen freien Lauf, und in seinem Geiste tauchten verschiedene Erinnerungen auf, die ihm die Menschen als boshafte, grausame, verlogene Geschöpfe zeigten. Er konnte nur viele Begebenheiten, in denen er sie so gesehen hatte, und es war ihm eine Erleichterung, im stillen seinen Hohn an ihnen auszulassen. Und je schwärzer sie ihm erschienen, desto schwerer drückte ihn andererseits ein seltsames Gefühl, in dem sich eine unbestimmte Sehnsucht mit boshafter Schadenfreude vermischte und mit der Furcht, ganz einsam zu bleiben inmitten dieses lichtlosen, traurigen Daseins, das wie ein toller Strudel ihn umwirbelte.

Schließlich verlor er die Geduld, so allein in dem kleinen Zimmer zu liegen, durch dessen Wand der Lärm und Qualm der Schenke zu ihm drang, und er erhob sich und ging ins Freie. Lange lief er in dieser Nacht einsam in den Straßen der Stadt umher und trug mit sich die schwere Last seiner quälenden, düstren Gedanken. Er hatte die Empfindung, als ob jemand, der ihm feind war, im Dunkel hinter ihm hergehe und ihn immer unbemerkt dahin stoße, wo es recht traurig und langweilig war. Immer nur solche Dinge zeigte ihm dieser unsichtbare Feind, die in seiner Seele Gram und Bitterkeit erzeugten. Es gibt doch auch Gutes in der Welt — gute Menschen und frohe Ereignisse und Lustigkeit — warum sah er das alles nicht, kam er immer nur mit dem Düstern und Schlimmen in Berührung? Wer lenkte ihn stets auf das Schmutzige, Trostlose und Böse im Leben?

Ganz im Bann dieser Gedanken schritt er durch die Felder, an der steinernen Mauer eines vor der Stadt gelegenen Klosters vorüber, und schaute vor sich hin. Ihm entgegen zogen die Wolken, schwer und langsam, aus weiter, dunkler Ferne. Da und dort schimmerte aus dem Dunkel über seinem Kopfe zwischen den Wolken der Himmel hindurch, und kleine Sterne blinkten schüchtern vor ihm nieder. Durch die Stille der Nacht klang von Zeit zu Zeit vom Turm der Klosterkirche der metallene Ton der Wächterglocke — es war der einzige Laut in der Totenstille, welche die Erde umfing. Selbst aus der dunklen Masse der Stadthäuser hinter Ilja drang kein Ton des lärmenden Treibens hierher, obschon es noch nicht spät war. Es war eine kalte, frostige Nacht. Im Dahinschreiten stieß Ilja gegen den hartgefrorenen Schmutz. Ein banges Gefühl der Vereinsamung und die Furcht, die sein Grübeln hervorgerufen hatte, ließen ihn haltmachen. Er lehnte sich mit dem Rücken gegen das kalte Gestein der Klostermauer und sann von neuem darüber nach, wer es wohl sein möchte, der ihn durchs Leben führte und dabei voll Tücke stets alles Böse und Häßliche auf ihn losließ . . .

Ein kalter Schauer überlief seinen Körper, und wie im Vorgefühl von etwas Schrecklichem, das ihm bevorstand, riß er sich von der Mauer los und eilte mit hastigen Schritten, immer häufiger gegen den gefrorenen Schmutz stoßend, nach der Stadt zurück. Die Arme dicht an den Körper gedrückt, lief er vorwärts und wagte, von Furcht erfüllt, nicht ein einziges Mal rückwärts zu schauen . . .

II.

Ein paar Tage darauf traf Ilja mit Paschka Gratschew zusammen. Es war Abend, in der Luft tanzten träg kleine Schneeflocken, die im Licht der Laternen schimmerten. Trotz der Kälte war Pawel nur mit einem Baumwollhemd ohne Gürtel bekleidet. Er schritt langsam dahin, den Kopf auf die Brust gesenkt, die Arme in den Taschen, den Rücken gekrümmt, als ob er etwas auf seinem Wege suchte. Als Ilja den alten Kameraden eingeholt hatte und ihn anredete, hob Paschka den Kopf auf, sah Ilja ins Gesicht und sagte gleichgültig:

„Ah, du bist es!"

„Wie gehts dir?" fragte Ilja, neben ihm hergehend.

„Es könnte noch schlechter gehen, wenn's überhaupt möglich wäre . . . Und wie geht's dir?"

„Es macht sich . . ."

„Auch nicht besonders, wie's scheint . . ."

Sie schritten schweigend nebeneinander her, so daß ihre Ellenbogen sich berührten.

„Warum kamst du nicht zu uns?" fragte Ilja. „Ich lade dich immer wieder ein . . ."

„Hab' nie recht Gelegenheit, Bruder . . . Weißt doch, daß man unsereinem nicht viel Zeit läßt . . ."

„Könntest schon kommen, wenn du wolltest!" sagte Ilja vorwurfsvoll. „Sei doch nicht gleich böse . . . Sagst immer, ich soll kommen — und dabei hast du noch nie gefragt, wo ich hause, und noch weniger denkst du daran, mich zu besuchen."

„Wirklich, du hast recht," rief Ilja lächelnd. „Sag mir's doch!"

Pawel sah ihn an, lächelte gleichfalls und begann nun lebhafter als vorher:

„Ich lebe für mich, hab' keine Freunde — finde keine, die mir passen. Krank war ich, habe fast drei Monate im Hospital gelegen . . . Kein Mensch ist in der ganzen Zeit gekommen, mich zu besuchen . . ."

„Was hat dir denn gefehlt?"

„Erkältet hatte ich mich, wie ich mal betrunken war . . . Unterleibstyphus war's . . . Wie es dann besser wurde, hatt' ich erst meine Qual! Ganz allein lag ich den ganzen Tag und die ganze Nacht . . . stumm und blind glaubt man zu sein . . . wie 'n junger Hund kommt man sich vor, den sie ins Loch geworfen haben. Dank dem Doktor hab' ich wenigstens Bücher gehabt . . . sonst wär' ich verreckt vor Langerweile."

„Waren es schöne Bücher?" fragte Lunew.

„Ja—a, sehr schön waren sie! Gedichte hab ich meistens gelesen — Lermontow, Nekrasow, Puschkin . . . Manchmal, wenn ich las, war es mir, als ob ich Milch tränke. Verse gibt's dir, Bruder — wenn du liest, ist's, wie wenn die Geliebte dich küßt. Manchmal fährt dir ein Vers übers Herz, daß die Funken sprühen: ganz in Feuer gerätst du . . ."

„Und ich habe das Bücherlesen aufgegeben", sprach Ilja mit einem Seufzer.

„Warum?"

„So . . . Was steht schließlich drin? Liest du im Buche — so scheinen dir die Dinge so, und siehst du sie in Wirklichkeit so sind sie ganz anders."

(Fortsetzung folgt.)

Sie lügen das alte Märchen vor, daß Kartoffelschlempe ein gutes Futtermittel sei. Den Junkern kann nachdrücklichst ein Lehrgang in der Chemie empfohlen werden, damit sie lernen, daß beim Brennen von Schnaps die besten Nahrungsstoffe verloren gehen.

Wir müssen daran erkennen, daß das Proletariat hier nur helfen kann. Der bevorstehende Reichsbetriebsrätekongreß und die Kontrollausschüsse finden hier ein gutes Arbeitsfeld.

Während die Proletarier hungern, sabotieren die Junker mit den Industriemagnaten die Produktion und verwenden die Nahrungsmittel so, wie sie ihnen den größten Profit bringen. Die volle Anarchie der bürgerlichen Gesellschaft tritt in dieser Frage klar zu Tage.

Das Proletariat kann Ordnung schaffen durch den Kampf um die Kontrolle der Produktion. Dem Landproletariat fällt dabei eine Riesenaufgabe zu. Es kann verhindern, daß Nahrungsmittel vergeudet werden. Die Landarbeiter müssen die Junker zwingen, auf den Feldern anzubauen, was zur menschlichen Ernährung notwendig ist. Sie können die Sabotage der Junker verhindern.

Darum ihr Arbeiter in Stadt und Land, ihr Kleinbauern, ihr Beamte und Angestellte:

Wählt Kontrollausschüsse!
Erhaltet die Lebensmittel dem Proletariat!

Das Hungergespenst rast.

Aus Köln meldet WTB.:

Die Ausschreitungen, die Freitag abend in dem Vorort Kalk begonnen hatten, sind am Sonnabend fortgesetzt worden und haben im Laufe des Tages auch auf die Vororte Mülheim und Ehrenfeld übergegriffen. In einzelnen Geschäften wurden Fensterscheiben zertrümmert. Einzelne Beamte, die eingeschritten waren, wurden mit Steinen beworfen, so daß sie sich mit der blanken Waffe wehren mußten. In Ehrenfeld gab u. a. ein Polizeiwachtmeister, den die Menge vom Pferde reißen wollte, in der Notwehr einen Schuß ab. Ein anderer berittener Beamter wurde mit dem Messer angegriffen. Einzelne Teilnehmer schrien „Hunger, Hunger" und belästigten die Beamten. Schließlich wurde die Menge zerstreut, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Mit Absicht geben wir die neue Meldung von den Kölner Hungerunruhen in der tendenziösen Fassung des WTB. wieder, weil daraus klar ersichtlich ist, daß der Staat den Verzweiflungsausbrüchen der hungernden Massen völlig hilflos gegenübersteht.

*

Unser Kölner Bruderblatt, die „Sozialistische Republik" schreibt zu den Vorgängen:

Wir sahen uns veranlaßt, bei einer größeren Anzahl von Kalker Arbeitern uns nach den direkten Ursachen der Demonstration, an der die gesamte Arbeiterbevölkerung von Kalk teilgenommen hat, zu erkundigen. Das Resultat dieser Anfrage ist folgendes:

1. Erbitterung über die Nichtanerkennung der Kontrollausschüsse durch die Stadtverwaltung.

2. Am gestrigen Freitag war Zahltag. Die Mehrheit der Kalker Arbeiter kam mit Löhnen nach Hause, die zwischen 4000 und 5000 Mark schwanken. Das heißt, die Löhne waren gegenüber der Vorwoche stehengeblieben, während die Preise der Waren, vor allem der Lebensmittel, in der abgelaufenen Woche sich fast verdoppelt haben.

3. Die Kontrolle der Geschäfte hatte große Preisunterschiede bei denselben Waren und mehrfache Preissteigerungen an demselben Tage ergeben. Hier liegen krasse Fälle an Wucher vor, die doch die Wucherpolizei vielleicht nicht bemerkt, sicher nicht verhindert worden sind.

Ueber den Charakter der Demonstration war das Urteil führender Arbeiter aller Richtungen Kommunisten, Sozialisten, Christen und Unionisten einmütig. Sie alle sagten, daß es sich um eine Demonstration für die Kontrollausschüsse gehandelt habe, daß die Kalker Arbeiterschaft nicht eher zur Ruhe kommen könne, als bis die Kontrollausschüsse anerkannt sind und ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Hungerkrawalle in Hamburg.

Die für die breiten Schichten nicht mehr tragbaren Riesenpreise aller notwendigen Bedarfsartikel haben die Erregung der arbeitenden Bevölkerung gesteigert. Wie stark hier die Teuerung ist, erhellt daraus, daß man für ein Pfund Butter 1500 Mark verlangt. Deshalb sammelte sich am 13. November eine Volksmenge in den Straßen und veranstaltete Kundgebungen gegen die Aushungerung und Auswucherung. Angeblich um ein Stürmen von Läden zu verhindern, griff die Polizei ein.

Weitere Teuerungskrawalle.

Wie die „PPR." aus Wiesbaden mitteilen, kam es am 11. November in Herborn und Dillenburg (Rheinland) aus Anlaß von Lohnstreitigkeiten zu ernsten Unruhen. Nach der Schilderung der „PPR." soll es dabei zu Plünderungen von Schuh-, Konfektions- und Lebensmittelgeschäften gekommen sein. Es sollen für mehrere Millionen Mark Gegenstände geplündert worden sein. Zurzeit ist wieder „Ruhe" eingetreten.

„Auf zum Meuchelmord!"

Die Redaktion unseres Münchener Parteiorgans, der „Neuen Zeitung", erhielt unter anderen Drohbriefen, die bei der Eingängen eines kommunistischen Blattes in Oberbayern alltäglich sind, folgendes Schreiben:

„Du Saublatt, Du dreckiges!

Hetz nur weiter so, dann holt euch bald der verdiente Lohn!

Auf zum Arbeitermord heißt die Parole jetzt. An die Wand stellen wir euch alle, ihr Judengesindel, ihr dreckiges, in Arbeiterblut wollen wir waten, auf zum Mord!

Hoch Eberhardt, hoch Hitler!

Bald werden wir eure Saubude sprengen, ihr Geschmeiß!

Winselt nur ihr Drecksbande! Bald krachts überall!

Hei, das wird ein blutiger Tanz!

Hoch die Monarchie!

Die Polizei verlacht euch mit eurem Gewinsel.

Die Faszisten."

Auch wir haben schon Drohbriefe reaktionärer Halunken erhalten. Zwar schwärmen die schlesischen Faszisten noch nicht so offen vom Arbeitermord wie ihre bayerischen Kumpane; doch lassen ihre Andeutungen von Galgen usw. erkennen, daß sie dieselben Mordgesellen sind, wie die bayerischen Hitlerbanden.

Es ist klar, daß die Reaktionäre die Absicht haben, nach dem Programm zu verfahren, das in dieser Sudelei niedergelegt ist. Wenn die Arbeiterschaft sich nicht rechtzeitig schützt, so wird zweifellos der Versuch gemacht werden, die angekündigten Terroristenstreiche durchzuführen.

Die Kölner Metallarbeiter für die proletarischen Kontrollorgane.

In einer am 8. November stattgefundenen Mitglieder-Generalversammlung des DMV., Wirtschaftsbezirk Köln, referierte Reichel vom Hauptvorstand über die Aufgaben der Gewerkschaften und die augenblickliche Lage. Die Tendenz seiner Ausführungen waren Entschuldigungen für die Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft. Als Korreferent sprach Kollege Jannack (Remscheid). Er zerpflückte die Illusionen des Hauptredners und wies den einzig gangbaren Weg des geschlossenen Abwehrkampfes des gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Folgende Resolution wurde mit erdrückender Mehrheit angenommen:

„Die am 8. November im Volkshaus zu Köln tagende Mitgliederversammlung des DMV. hat erkannt, die bisherige Taktik der Gewerkschaftsleitung als solche unzulänglich ist, weil auf Grund dieser Taktik die Arbeiterschaft in eine Verelendung hineingeraten ist, die die größte Gefahr in sich birgt, daß Millionen Proletarier dem Hungertode ausgeliefert werden. Deshalb hat ein großer Teil der organisierten Arbeiterschaft zur Selbsthilfe gegriffen und sich eine Organisation geschaffen, die sich in der Betriebsräte-Bewegung verankert. Wir fordern die Spitzenorganisation der Gewerkschaften auf, diese Bewegung aufs kräftigste zu unterstützen und sich nötigenfalls an die Spitze dieser Bewegung zu stellen."

Königsberger Eisenbahner für den Reichsbetriebsrätekongreß.

Eine am 6. November in Königsberg tagende Mitgliederversammlung des DMV. nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie die Notwendigkeit der Kontrolle der Produktion und des Verkehrs zur Verhinderung noch größeren Elends betonte. Da die Gewerkschaftsinstanzen sich bisher der Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses widersetzten, spricht die Mitgliederversammlung allen Kollegen, die an dem Zustandekommen des Kongresses mitarbeiten, wärmste Sympathie und die Zusicherung aktiver Unterstützung aus.

Das Unternehmertum diktiert die Arbeitszeitverlängerung.

Vorstoß der Farbwerke Leverkusen.

Am 4. November fand in den Farbwerken Leverkusen eine Sitzung der Direktion mit dem Arbeiterrat und Gewerkschaftsvertretern statt. Die Direktion stellte an die Arbeitervertreter die Forderung der Aufhebung des Achtstundentages. Es müßten jetzt neun Stunden gearbeitet werden, um die „Produktion zu heben" und um in dem kommenden wirtschaftlichen Kampf mit dem Ausland gerüstet zu sein. Arbeiterrat und Gewerkschaftsvertreter lehnten die Forderung der Direktion ab.

Der Kuhhandel um das „Kabinett des Wiederaufbaues".

Eine Berliner Montagszeitung meldet:

Heute nachmittag um 3 Uhr tritt der Reichstag nach dreiwöchiger Pause wieder zusammen. Die Bestrebungen in dieser Zwischenzeit, die Vereinigten Sozialdemokraten und die in der Arbeitsgemeinschaft der Mitte zusammengeschlossenen Parteien auf ein Wirtschaftsprogramm zu einigen, haben sich bisher nur zu einem Teil verwirklicht.

Am gestrigen Sonntag ist man in der sogenannten zweiten Kommission, die von den beiden Parteigruppen zur Beratung der allgemeinen Wirtschaftsfragen eingesetzt wurde, zu einer Einigung über gewisse Leitlinien für ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm gekommen. Das Reichskabinett war bei diesen letzten Beratungen auch durch den Reichsfinanzminister Dr. Hermes, den Reichswirtschaftsminister Schmidt und den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vertreten.

Wenn auch diese gestrigen Beratungen in keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Kabinettsbildung zu bringen sind, so deutet die Festlegung gewisser, wenn auch noch so sehr allgemein gehaltener Grundlinien über ein Wirtschaftsprogramm doch auf ein Streben zur großen Koalition.

Es handelt sich in diesem Stadium um eine verschleierte große Koalition, genannt „Kabinett des Wirtschaftsaufbaus".

*

Heraus mit Ghezzi und Bachi!

Der grundlos seit Monaten durch den langwierigen Bürokratismus der deutschen Regierung inhaftierte italienische Syndikalist Ghezzi ist seit Freitag im Hungerstreik.

Eine überfüllte Versammlung der Freien Arbeiter-Union (Syndikalisten) nahm hierzu folgende Entschließung an:

„Die am 12. November in den Sophiensälen tagende öffentliche Volksversammlung mit anschließender Demonstrationsversammlung vor dem Berliner Polizeipräsidium protestiert gegen die gröbliche Verletzung des politischen Asylrechts durch die deutsche Regierung. Sie nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der langen Inhaftierung der italienischen Revolutionäre

Francesco Ghezzi und Romeo Bachi

und ist tief bewegt durch den Hungerstreik Ghezzis. Die Versammlung erklärt, daß die Regierung durch ihr langes Zögern Ghezzi zu diesem letzten, verzweifelten Akt getrieben hat. Für die Folgen, die aus diesem Schritt für Ghezzi erstehen, trägt die deutsche Regierung allein die Verantwortung.

Die Auslieferung Ghezzis und Bachis an die italienische Faszistenregierung würde allen internationalen Rechten gepflogenheiten Hohn sprechen und darf nicht erfolgen.

Die Versammlung fordert die Regierung auf, endlich ihr Schweigen und ihre zweideutige Haltung aufzugeben und die beiden Italiener sofort freizugeben.

Welche Partei darf den Erfolg für sich buchen?

Die Presse der VSPD. kann sich nicht genug tun, den „Erfolg" der Sozialdemokraten bei den sächsischen Landtagswahlen zu rühmen. Sie hat es durch einen schlauen rechnerischen Kniff so darzustellen versucht, als ob von den früheren Nichtwählern sich diesmal ein weit größerer Prozentsatz für die VSPD., als für die KPD. entschieden habe. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Um festzustellen, ob eine Partei wirklich gewonnen oder verloren hat, muß die prozentuale Steigerung mit der gesteigerten Wahlbeteiligung verglichen werden. Tut man das, so ergibt sich folgendes Bild:

	1922	1920	Steigerung in Proz.
KPD.	266 755	177 870	50 Proz.
VSPD.	1 059 131	874 510	21,1 „
Deutschnationale	490 373	434 293	12,9 „
Deutsche Volkspartei	474 484	385 010	23,2 „
Demokraten	214 190	159 801	34 „
Zentrum	22 288	22 731	—2 „
Steigerung der Wahlbeteiligung			22,7 „

Es zeigt sich also, daß die Kommunisten nicht nur die prozentual weitaus stärkste Zunahme zu verzeichnen haben, sondern daß außer ihnen und den Demokraten, die ebenfalls angewachsen, alle übrigen Parteien, gemessen an der gesteigerten Wahlbeteiligung, verhältnismäßig verloren haben. Die VSPD. hat nach dieser einzig richtigen Berechnung 1,6 Prozent Stimmen eingebüßt. Das Verhältnis der Stimmenzahl der KPD. zu der der VSPD. hat sich von 20 Prozent im Jahre 1920 auf 25 Prozent im Jahre 1922 erhöht. Sicherlich hat die KPD. noch eine gewaltige Arbeit bis zur Erringung der Mehrheit der Arbeiterschaft auch in Sachsen vor sich. Für die VSPD. liegt aber kein Anlaß zum triumphieren vor.

Konflikt zwischen Sowjet-Rußland und Italien?

Sowjetrußland sperrt seine Häfen für italienische Schiffe und stellt dem italienischen Botschafter die Pässe zu.

Die Zeitung „Piccolo" (Mailand) meldet aus Moskau, die bolschewistische Regierung habe die russischen Häfen für die italienischen Schiffe gesperrt. Der Grund dieser Maßnahme ist nicht bekannt. Laut „Giornale di Roma" legt die bolschewistische Regierung der Republik Georgien der italienischen Mission in Tiflis die größten Schwierigkeiten in den Weg. Sie hat den italienischen Vertretern die Erlaubnis zur Errichtung einer Funkstation entzogen. Der erste italienische Vertreter reiste infolgedessen nach ergebnislosem Proteste ab. Sein Nachfolger Graf Lamagnola ist von der bolschewistischen Regierung aufgefordert worden, jede Tätigkeit als italienischer Vertreter einzustellen.

WTB. meldet aus Paris:

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel haben die Bolschewisten in Baku den Passagierdampfer Graz des Lloyd Triestino beschlagnahmt. Die türkischen Behörden behaupten, den Grund der Beschlagnahme nicht zu kennen, es verlaute jedoch, daß es sich um eine Antwort auf den Sieg der Faszisten handele.

Diese Maßnahmen der Sowjetregierung sind aller Wahrscheinlichkeit nach darauf zurückzuführen, daß Mussolini wegen der Verletzung der Exterritorialität der russischen Handelsdelegation in Rom trotz der Protestnote bis heute keine Genugtuung gegeben hat.

Erdbeben in Chile.

Wie aus Santiago gemeldet wird, wurde am 12. November an der ganzen chilenischen Küste ein heftiges Erdbeben verspürt. Man zählt 200 Tote und 400 Verletzte. Mehr als 500 Häuser wurden zerstört, hauptsächlich durch das Eindringen der Flut, die stellenweise bis eine Viertelmeile ins Land drang. Das Zentrum der Erschütterung lag zwischen Coquimbo und La Serena. In diesen Städten waren die Erschütterungen am größten. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen mit Argentinien sind unterbrochen. Mehrere Kabel wurden zerstört.

Die Verbindungen mit Chile sind wiederhergestellt, so daß es möglich geworden ist, über das Erdbeben nähere Einzelheiten zu erfahren. Es scheint aus den letzten Meldungen hervorzugehen, daß die Zahl der Toten weit größer ist als anfangs angenommen wurde. Eine bestimmte Zahl kann jedoch nicht angegeben werden. In Santiago zählt man allein 100 Tote. Im Norden des Landes sind mehrere Städte durch haushohe Sturzwellen überflutet worden, so daß die Menschen im Wasser ertranken. Es erfolgten im ganzen zwei Erdstöße, von denen der zweite der heftigere war. Der Schaden läßt sich noch nicht abschätzen, dürfte sich aber auf mehrere Millionen belaufen.

An unsere Berichterstatter.

Genossen! Durch die plötzliche Verhaftung unseres Genossen Kraft ist eine Stockung in unseren Redaktionsgeschäften eingetreten. Dadurch sind eine ganze Anzahl Berichte liegengeblieben. Wir werden diese — soweit sie noch aktuell sind — in den nächsten Tagen veröffentlichen und erwarten von den Genossen angesichts der Lage Geduld.

Die Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung".

Schlesische Rundschau.

Massendemonstration der Arbeiterschaft von Beuthen und Umgegend gegen Knüppel-Kunze.

Knüppel-Kunze und seine bewaffneten Trabanten haben sich am Sonntag in Beuthen eine gründliche Abfuhr geholt. Im Anschluß an die kommunistische Versammlung im Beuthener Konzerthaus formierte sich eine Massendemonstration kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter, die auf annähernd 10 000 Mann geschätzt wurde. „Gegen den Faszistenaufmarsch!" „Nieder mit den Schiebern und Wucherern!" waren die Parolen. Knüppelkunze mußte angesichts dieses Massenaufmarsches der Beuthener Arbeiterschaft seine Absicht, Hetzversammlungen gegen Sozialisten und Kommunisten zu veranstalten, aufgeben und schmählich kapitulieren.

Solch ein Empfang muß Knüppel-Kunze überall da bereitet werden, wo er sich sehen läßt.

An alle Ortsgruppenvorstände, Wahlausschüsse und Vertrauensleute im Wahlbezirk.

1. Die Sammellisten der Kommunistischen Partei zur Durchführung der Land- und Reichstagswahlen müssen spätestens bis Sonnabend, den 18. November, beim Wahlkomitee abgerechnet werden, ganz gleich, ob Summen darauf gezeichnet sind oder nicht.

2. Die Ortsgruppen haben im Laufe der Woche einen Kurier zu entsenden, der Stimmzettel, Flugblätter und Plakate abholt.

Das Wahlkomitee

Gez.: Smolka, Gleiwitz, Hüttenstr. 2.

Ein altpreußischer Gefängniswärter.

Viel ist schon davon gesprochen und geschrieben worden, daß die Beamten vom alten Schrot und Korn in der Republik nicht amtieren können, daß sie beseitigt werden müssen. Bei diesen Worten ist es aber geblieben. Wir werden ein kleines Beispiel dafür geben, wo noch aufgeräumt werden kann.

Der Pförtner des Untersuchungsgefängnisses Breslau, Graupenstraße, ist noch ein Ueberbleibsel der alten Zeit. Er glaubt noch immer die Leute, die durch die von ihm bewachte Pforte gehen müssen, behandeln zu können wie Rekruten. Ein Genosse wollte gestern für Genossen Kraft Zeitungen abgeben. Er war vom Untersuchungsrichter ausdrücklich dahin beordert worden. Der Pförtner wollte ihn jedoch wieder zum Untersuchungsrichter zurückschicken. Die Genossin, die mit unserem Genossen dort war, steckte er sogleich wieder auf die Straße und mutete ihr zu, dort in der Kälte zu warten. Unser Genosse erklärte dem Pförtner, daß er es satt habe, sich auf der Nase herumtanzen zu lassen. Darauf sagte ein anderer Beamter, der sich im Pförtnerhäuschen aufhielt, zu seinem Kollegen, er solle sich nicht so lange mit unserem Genossen unterhalten, sondern ihn einfach auf die Straße setzen. — Schon vor einigen Tagen hatte unser Genosse mit demselben Beamten zu tun. Als er dabei die Bemerkung machte, es scheine noch der altpreußische Geist im Breslauer Untersuchungsgefängnis zu herrschen, antwortete der Beamte: „Den wird man auch nicht herausbringen!"

Es scheint uns angebracht, daß dem Gefängnispförtner klargemacht wird, daß der altpreußische Geist in die heutige Zeit nicht mehr paßt und daß er sich angewöhnen muß, die Leute, die den Gefangenen Lebensmittel bringen wollen, als Menschen zu behandeln.

Bilder aus dem Landarbeiterleben.

In Koischwitz (Schlesien) lebt das Gutsbesitzerehepaar Speer, das seine mittelalterlichen Ansichten im Prügeln des Hausmädchens zum Ausdruck bringt. Am 25. Oktober d. J. soll das Hausmädchen ihre Arbeit nicht so gemacht haben, wie es die Gnädige zu wünschen pflegt. Daraufhin gabs Ohrfeigen. Als das Mädchen ihren Koffer zu packen begann, gaubte der Herr Gutsbesitzer ihr beweisen zu müssen, daß man nicht unbestraft eine Gutsbesitzerin verlassen darf. Faustschläge auf's Auge, Hinschleudern in die Flurecke, Traktieren mit Fußtritten war das Beweismittel des Herrn Gutsbesitzers.

Im Kreis Glogau erhalten einige Ackerkutscher den fürstlichen Monatslohn von 27,75 Mk. Das Deputat ist gerade ausreichend zur Deckung des Brot- und Kartoffelbedarfs. Die Anschaffung aller übrigen notwendigen Bedarfsartikel soll bestritten werden von den 27,75 Mk. Der Ort, wo dieser Lohn bezahlt wird ist Groß-Gräditz.

Auf dem Dominium Kaltenbrizsnitz, Kreis Sprottau, verlangte ein Arbeiter vom Gutsinspektor Radecke die Ausbesserung seiner Werkwohnung, da die Scheiben aus den Fenstern fallen und es in die Wohnung einregnet. Die Antwort auf dieses Verlangen war: „Erst kommt der Stall daran und dann ihre Wohnung."

Dies sind nur wenige Fälle aus Tausenden. Will die Landarbeiterschaft diesem Zustand ein Ende machen, dann muß sie sich in einheitlicher Kampffront zusammenschließen, es gilt nicht nur gegen einzelne Gutsbesitzer anzukämpfen, sondern gegen die ganze kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Am energischsten führt diesen Kampf die Kommunistische Partei. Darum, Landarbeiter und Landarbeiterinnen, ist bei ihr auch euer Platz.

Kleinbauern! Landarbeiter!

Während der langen Winterabende wird dir der von der Kommunistischen Partei herausgegebene Bauernkalender „Das freie Land" zu anregenden Stunden verhelfen. Du wirst dadurch bekannt werden mit dem Leben und Treiben der russischen arbeitenden Landbevölkerung, wirst dich erfreuen an den vielen Erzählungen und Bildern, wirst erfahren, wie deine Vorfahren vor mehreren hundert Jahren gegen die Hörigkeit, gegen die Leibeigenschaft gekämpft haben. Unentbehrlich ist dir auch der darin enthaltene Wand- und Trächtigkeitskalender und vor allem das Märkteverzeichnis. Die vorzüglichen wirtschaftlichen und politischen Artikel machen den Kalender zu einem Lehrbuch für Politik und Wirtschaft. Angesichts dieser Reichhaltigkeit ist der Preis von 100 Mk. äußerst gering. Bestelle deshalb sofort den Kalender bei der kommunistischen Buchhandlung, oder direkt vom Verlag „Viva", Berlin, Planufer 17.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsführer kneifen.

„Verkehrsverdünnung" bei der Städtischen Straßenbahn in Breslau.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn hat das Bestreben, die Bürgerschaft Breslaus mehr als bisher verantwortlich zu machen für ihre Sünden.

So und nicht anders ist es, wenn wir feststellen, daß die Verwaltung den noch geltenden 6-Minutenverkehr auf allen Linien in einen 7½-Minutenverkehr umkehren will.

Daß die Fahrpreise einer Erhöhung bedürfen, ist sicherlich niemandem zweifelhaft, angesichts der tieftraurigen Preispolitik, die überall getrieben wird und unter der selbstverständlich auch der Betrieb der städtischen Straßenbahn zu leiden hat. Daß aber mit der Fahrpreiserhöhung auch eine

„Verkehrsverdünnung"

(lies größere Wagenabstände) eintreten muß, wird zur Folge haben Abgänge von Fahrgästen. Die, die Verkehrsmittel der Stadt benutzenden Bürger, in anderheit die Handelsangestellten und die auf schnelle Verkehrsmittel angewiesene Kaufmannschaft, die Hausfrauen, die zu ihren Einkäufen die Straßenbahn benutzen, die Schüler, die zu ihren Unterrichtsstätten fahren, und schließlich Arbeiter, die in den Werken an der Stadtgrenze arbeiten, haben ein Interesse daran, daß sie mit dem Fahren auch Zeit sparen.

In dem Augenblick, wo die Zeitersparnis durch erhebliches Warten an den Haltestellen aufgehoben wird, muß das Interesse an der Straßenbahnfahrt fallen. Die Ausfälle an Einnahmen werden dann durch die gesamte Verwaltung der Stadt auf Gas, Wasser und elektrischen Strom umgelegt.

Es ist dies das schlimmste Mittel, das eine Verwaltung anwenden kann.

Sind doch Gas und Wasser unerläßliche Gebrauchsgegenstände, während die Straßenbahn, die immer benutzt wird, um zum Ziele zu kommen, eine Erhöhung vertragen kann, denn da kommt es nicht darauf an, ob die Fahrt eine Mark teurer oder billiger ist. Die Hauptsache, daß man überhaupt fahren kann.

Wenn nun mit den größeren Wagenabständen eine größere Anzahl Fahrpersonal freiwerden sollte, und die Verwaltung glaubt, an den Löhnen sparen zu können, so ist auch das ein Trugschluß insofern, als das erwerbslos gewordene Personal in Form von Erwerbslosen-Unterstützung wiederum auf die Steuerlast der Bürgerschaft fällt.

Breslau kann mit einer Straßenbahn, die einen 7½-Minutenverkehr hat, nun und nimmer auskommen.

Die Verwaltung scheint zu glauben, daß Breslau überhaupt ohne Straßenbahn auskommen kann, denn in dem Augenblick der Einführung größerer Wagenabstände wird die Zahl der Bahnbenutzer noch geringer als sie jetzt ist und der Betrieb des Unternehmens noch unrentabler als das zurzeit der Fall ist. Die nächste Folge muß die vollständige Betriebseinstellung sein.

Daß das nicht eintreten darf, beweist schon, daß der Herr Regierungspräsident die sofortige Wiedereinführung des 6-Minuten-Wagenabstände bei der Gürtelbahn verlangt hat.

Es wäre zu wünschen, daß der Fremdenverkehrsverein, die Bürgervereine der Stadt und die sonstigen interessierten Organisationen der Beamten, Angestellten und Kaufleute sich gegen die Verschlechterung unseres Verkehrsmittels, unserer Straßenbahn, mit aller Entschiedenheit wenden.

Zur Sanierung der Straßenbahn könnten beitragen eine Verkürzung der Wagenfolge und ein längeres Anhalten des augenblicklich bestehenden Fahrpreises, der nur dann heraufgesetzt werden darf, wenn diese Heraufsetzung nicht zu umgehen ist. Heute, glauben wir, ist sie noch zu umgehen; denn die Verwaltung hat u. a. eine doppelgleisige Weiche aufstellt, die wahrscheinlich am Tage der Lieferung 15 Millionen Mark kosten wird. An ein Einbauen der Weiche ist in absehbarer Zeit nicht zu denken, da dies Einbauen den Anschaffungspreis mindestens verfünffachen würde.

Die Verwaltung der Städtischen Straßenbahn muß sich schon den Zeitverhältnissen einfügen, wenn sie als Treuhänderin der Bürgerschaft Breslau betrachtet und geschätzt sein will.

Das Personal der Städtischen Straßenbahn.

Wir haben uns schon des öfteren mit der Frage der Massenentlassungen bei der Städtischen Straßenbahn beschäftigt. Von vornherein haben wir nicht erwartet, daß die Gewerkschaftsführer und die SPD.-Stadtverordneten die Massenentlassungen mit allen Mitteln verhindern werden, obwohl es in ihrer Macht steht. Das oben angeführte Schreiben des „Personals der Städtischen Straßenbahn" übertrifft aber alle Erwartungen. Ein solch erbärmliches Gestammel hätten wir doch nicht erwartet. Nicht umsonst schieben die Gewerkschaftsführer jetzt das Personal vor. Denn sie sind die Väter des obigen Schreibens und wir glauben nicht fehlzugehen mit der Annahme, daß dieses Schreiben direkt aus dem Büro des Transportarbeiterverbandes in unsere Hände gelangt.

Wir wollen nun dieses Schreiben etwas ergänzen. Es wurde uns mitgeteilt, daß eine Kommission zu der Frage des 7½-Minutenverkehrs Stellung genommen hat. Dieser Kommission gehörten auch Sozialdemokraten an. Sie benutzten die Gelegenheit nicht, die Einführung dieses 7½-Minutenverkehrs zu verhindern, obwohl in der Sitzung bekannt wurde, daß dadurch 500 Straßenbahner brotlos werden. Sie trifft im besonderen die Schuld an dem Elend, das diese Straßenbahner zu spüren bekommen.

Weshalb aber führen die SPD.- und Gewerkschaftsführer diese Komödie auf? Sie haben es ja in der Hand im Stadtparlament die Einführung des 7½-Minuten-Verkehrs und damit die Entlassungen der Straßenbahner zu verhindern. Es ist ganz klar: die SPD.-Führer wollen die Verantwortung auf den Magistrat abschieben. **Sie wollen die Massenentlassungen nicht verhindern.** Ihr Schreiben, zu dem sie den Namen der städtischen Arbeiter mißbrauchen, ist nichts als eine Entschuldigung der arbeiterfeindlichen Politik. Bezeichnend ist ihr Geständnis, die Straßenbahnfahrpreise könnten schon Erhöhungen ertragen. Kurz vorher stellen sie aber fest, daß die Arbeiter und Angestellten auf die Benutzung der Straßenbahn angewiesen sind! Sie lassen also durchblicken, daß sie weiter die Straßenbahnfahrpreise erhöhen wollen, ungeachtet dessen, daß die Arbeiter dabei Schaden erleiden.

Das Personal der Städtischen Straßenbahn kann und darf sich mit solchen diplomatischen Spitzfindigkeiten wie der vorliegende Artikel nicht zufriedengeben. Nicht kleinbürgerliches Verjammertsgestammel, sondern proletarischer Klassenkampf ist sein Mittel. Darum müssen die städtischen Straßenbahner nochmals mit allem Nachdruck von den sozialdemokratischen Stadtverordneten verlangen, daß sie die Entlassungen von Straßenbahnern nicht nur mit schönen Reden im Stadtparlament, sondern in Wirklichkeit verhindern!

Erfolgreicher Landarbeiterstreik.

Aus Fuchsmühl, Kreis Lüben (Schlesien), wird berichtet:

„Anfang des Jahres hat der Betriebsrat des hiesigen Gutes mit der Gutsverwaltung vereinbart, daß außer den drei Urlaubstagen noch drei freie Tage im Jahr gewährt werden und zwar am 1. Mai, am Herbstjahrmarkt und Kirmes-

---

Drei Menschen

41)

Roman von Maxim Gorki.

„Da hast du ja recht: . . . Wollen wir irgendwo einkehren? Können da weiterplaudern . . . Ich muß noch irgendwohin, aber es hat Zeit . . . Vielleicht kannst du auch dahin mitgehen . . ."

Ilja war mit Paschkas Vorschlag einverstanden und nahm freundschaftlich seinen Arm. Pawel sah ihm noch einmal ins Gesicht und sagte lächelnd:

„Wir waren eigentlich nie recht befreundet, aber ich freu' mich immer, wenn ich dich treffe."

„Das ist ja deine Sache," meinte Ilja scherzend . . . „Meinetwegen freu' dich nicht!"

„Ach Bruder," unterbrach Pawel seine Rede, „du hast gut spaßen! Ich hatte eben ganz anderes im Sinne, als du mich einholtest. Aber lassen wir das . . ."

Sie gingen in die erste beste Schenke, die sie trafen, setzten sich dort in einen Winkel und bestellten sich Bier. Beim Lichte der Lampe sah Ilja, daß Pawels Gesicht mager und eingefallen war. — Seine Augen hatten etwas Unruhiges, und die Lippen, die früher in munterer Spottsucht halb offen gestanden hatten, waren jetzt fest geschlossen.

„Wo arbeitest du denn?" fragte Ilja.

„Wieder in einer Buchdruckerei," sagte Pawel mißmutig.

„Ist's schwer da?"

„Das nicht . . . Mehr Spielerei als Arbeit . . ."

Ilja fühlte eine unbestimmte Genugtuung, als er den Pawel so munteren, kecken Paschka traurig und sorgenvoll sah. Er hätte gern erfahren, was Pawel so verändert hatte, und indem er Paschkas Glas füllte, begann er ihn auszufragen:

„Na — und wie steht es mit dem Verfemachen?"

„Das hab' ich jetzt sein lassen . . . Aber früher hab' ich viel Gedichte gemacht. Ich hab' sie dem Doktor gezeigt — der hat sie gelobt. Eins hat er sogar in einer Zeitung abdrucken lassen. Neunundddreißig Kopeken hab' ich dafür bekommen . . ."

„Oho!" rief Ilja aus. „Das läßt sich hören! Was waren denn das für Verse? Sag sie doch mal her!"

Iljas brennende Neugier und ein paar Gläser Bier brachten Gratschew in Stimmung, seine Augen blitzten, und die hohlen Wangen röteten sich.

„Was soll ich dir aufsagen?" sagte er, sich mit der Hand die Stirn reibend. „Ich hab' alles vergessen, bei Gott, ich hab's vergessen! Wart', vielleicht fällt's mir wieder ein . . . Ich hab' immer so viel von dem Zeug im Schädel — wie Bienen schwärmen sie darin herum . . . summen nur so! Manchmal, wenn ich anfange zu dichten, geraat' ich ganz in Hitze . . . Es kocht förmlich in meiner Seele, und die Tränen kommen mir in die Augen . . ."

„Was du sagst! Wie kommt denn das?" fragte Ilja erstaunt und mißtrauisch.

„So . . . Es brennt und lodert was in dir, du willst es recht geschickt ausdrücken und findest keine Worte . . . Na, und da wirst du wütend . . ." Er seufzte, schüttelte den Kopf und fuhr fort:

„Eh' dir's entschlüpfte, schien's gar wichtig, und schreibst du's nieder, ist's so nichtig . . ."

„Sag doch ein paar von deinen Versen her," bat ihn Ilja.

Je genauer er Pawel anschaute, desto mehr wuchs seine Neugier, und nach und nach gesellte sich zu dieser Neugier ein anderes, gutes, warmes und zugleich wehmütiges Gefühl.

„Ich mache meistens solch lächerliche Verse . . . auf mein eigenes Leben," sagte Gratschew und lächelte befangen.

„Gut, so sag doch diese lächerlichen Verse her!" sagte Ilja hartnäckig.

Da schaute sich Gratschew um, hustete, rieb sich die Brust und begann mit gedämpfter Stimme hastig zu deklamieren, ohne dabei den Freund anzusehen:

„Nacht ist's . . . und so traurig! Durchs Fenster herein
Wirft der Mond mir ins Kämmerchen seinen Schein,
Er lächelt und winket gar freundlich mir,
Und bläuliche Muster malt er als Zier
An die steinerne Wand, so feucht und so kalt,
Auf die Tapeten, zerrissen und alt.
Ich sitze in finstrer Gedanken Bann —
Und den Schlaf ich nimmermehr finden kann . . ."

Pawel machte eine Pause, seufzte tief auf und fuhr dann langsamer und leiser fort:

„So grausam tat mich das Schicksal packen,
Zerfleischt mir das Herz, schlug mich rauh in den Nacken,
Entriß mir mein Letztes — mein trautes Lieb,
Und zum Troste mir nur die Flasche verblieb . . .
Da steht sie, mit Branntwein gefüllt, und blinkt
Im Mondenscheine und lächelt und winkt . . .
Und ich heile mit Branntwein mein Herz so krank,
Meinen Sinn umnebelt der Feuertrank —
Die Gedanken fliehen, es naht mit der Schlummer . . .
Vielleicht noch ein Gläschen . . . für den Kummer? . . .
Und ich trinke noch eins . . . Wer schläft kann's entbehren —.
Ich muß mich des Kummers erwehren . . ."

Als Gratschew seinen Vortrag beendet hatte, blickte er forschend auf Ilja, ließ dann seinen Kopf noch tiefer sinken und sagte leise:

„Von dieser Art, siehst du, sind sie meistens, meine Verse . . . 's ist ziemlich unsinnig . . ."

Er trommelte mit den Fingern auf dem Tischrand und rückte unruhig auf dem Stuhle hin und her.

Ein paar Sekunden sah Ilja mit durchdringendem Blick auf Gratschew, und sein Gesicht zeigte den Ausdruck ungläubigen Staunens. In seinen Ohren tönten noch die bittenden Worte, und es schien ihm kaum glaubhaft, daß dieser magere, bartlose Knabe mit den unruhigen Augen, in dem alten Baumwollhemd und den schweren Stiefeln diese Verse gedichtet haben sollte.

„Na, Bruder, unsinnig ist das gerade nicht," sagte er langsam und nachdenklich, während er Pawel immer noch musterte. „Im Gegenteil, schön ist's . . . am Herzen hat's mich gepackt . . . wirklich! Sag's doch noch einmal her . . ."

Pawel warf rasch den Kopf in die Höhe, sah mit freudigem Blick auf seinen Zuhörer, und während er näher an ihn heranrückte, fragte er ganz leise:

„Nein, wirklich — gefällt's dir?"

„Bei Gott! Wie sonderbar du bist . . . ich werde doch nicht lügen!?"

„Na, ich will dir's glauben . . . du bist ehrlich . . . Bist überhaupt ein Prachtmensch!"

„Sag's noch einmal auf!"

Pawel deklamierte leise, in melancholischem Tonfall, stockte öfters und seufzte tief, wenn die Stimme ihm versagte. Als er zu Ende war, hatten Iljas Zweifel, daß Pawel selbst der Dichter der Verse sei, sich noch mehr verstärkt.

„Und die anderen?" sagte er zu Pawel.

„Ach, weißt du —" meinte dieser, „ich will lieber mal mit meinem Heft zu dir kommen . . . Denn die meisten meiner Gedichte sind lang . . . und ich hab' jetzt keine Zeit! Ich merk' sie mir auch nicht gut, die Anfänge und Enden verwirren sich mir auf der Zunge . . . Eins zum Beispiel endet so: Ich geh' durch den Wald, zur Nachtzeit, und hab' mich verirrt und bin müde . . . Na, und mir wird so bang ums Herz . . . es ist ringsum so still, ich bin allein . . . und nun such' ich einen Ausweg aus meiner Not und Klage:

So matt die Füße,
Das Herz so müde,
Keinen Weg ich seh'!
O Mutter Erde,
Willst du mir raten,
Wohin ich geh'?!
Ich leg' mich nieder?!
An deinen Busen
Und horch' und späh' —
Und aus der Tiefe
Ertönt ein Flüstern:
Hier birg dein Weh! . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Sie lügen das alte Märchen vor, daß Kartoffelschlempe ein gutes Futtermittel sei. Den Junkern kann nachdrücklichst ein Lehrgang in der Chemie empfohlen werden, damit sie lernen, daß beim Brennen von Schnaps die besten Nahrungsstoffe verloren gehen.

Wir müssen daran erkennen, daß das Proletariat hier nur helfen kann. Der bevorstehende Reichsbetriebsrätekongreß und die Kontrollausschüsse finden hier ein gutes Arbeitsfeld.

Während die Proletarier hungern, sabotieren die Junker mit den Industriemagnaten die Produktion und verwenden die Nahrungsmittel so, wie sie ihnen den größten Profit bringen. Die volle Anarchie der bürgerlichen Gesellschaft tritt in dieser Frage klar zu Tage.

Das Proletariat kann Ordnung schaffen durch den Kampf um die Kontrolle der Produktion. Dem Landproletariat fällt dabei eine Riesenaufgabe zu. Es kann verhindern, daß Nahrungsmittel vergeudet werden. Die Landarbeiter müssen die Junker zwingen, auf den Feldern anzubauen, was zur menschlichen Ernährung notwendig ist. Sie können die Sabotage der Junker verhindern.

Darum ihr Arbeiter in Stadt und Land, ihr Kleinbauern, ihr Beamte und Angestellte:

Wählt Kontrollausschüsse!
Erhaltet die Lebensmittel dem Proletariat!

Das Hungergespenst rast.

Aus Köln meldet WTB.:

Die Ausschreitungen, die Freitag abend in dem Vorort Kalk begonnen hatten, sind am Sonnabend fortgesetzt worden und haben im Laufe des Tages auch auf die Vororte Mülheim und Ehrenfeld übergegriffen. In einzelnen Geschäften wurden Fensterscheiben zertrümmert. Einzelne Beamte, die eingeschritten waren, wurden mit Steinen beworfen, so daß sie sich mit der blanken Waffe wehren mußten. In Ehrenfeld gab u. a. ein Polizeiwachtmeister, den die Menge vom Pferde reißen wollte, in der Notwehr einen Schuß ab. Ein anderer berittener Beamter wurde mit dem Messer angegriffen. Einzelne Teilnehmer schrien „Hunger, Hunger" und belästigten die Beamten. Schließlich wurde die Menge zerstreut, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Mit Absicht geben wir die neue Meldung von den Kölner Hungerunruhen in der tendenziösen Fassung des WTB. wieder, weil daraus klar ersichtlich ist, daß der Staat den Verzweiflungsausbrüchen der hungernden Massen völlig hilflos gegenübersteht.

*

Unser Kölner Bruderblatt, die „Sozialistische Republik" schreibt zu den Vorgängen:

Wir sahen uns veranlaßt, bei einer größeren Anzahl von Kalker Arbeitern uns nach den direkten Ursachen der Demonstration, an der die gesamte Arbeiterbevölkerung von Kalk teilgenommen hat, zu erkundigen. Das Resultat dieser Anfrage ist folgendes:

1. Erbitterung über die Nichtanerkennung der Kontrollausschüsse durch die Stadtverwaltung.

2. Am gestrigen Freitag war Zahltag. Die Mehrheit der Kalker Arbeiter kam mit Löhnen nach Hause, die zwischen 4000 und 5000 Mark schwanken. Das heißt, die Löhne waren gegenüber der Vorwoche stehengeblieben, während die Preise der Waren, vor allem der Lebensmittel, in der abgelaufenen Woche sich fast verdoppelt haben.

3. Die Kontrolle der Geschäfte hatte große Preisunterschiede bei denselben Waren und mehrfache Preissteigerungen an demselben Tage ergeben. Hier liegen krasse Fälle an Wucher vor, die du ch die Wucherpolizei vielleicht nicht bemerkt, sicher nicht verhindert worden sind.

Ueber den Charakter der Demonstration war das Urteil führender Arbeiter aller Richtungen (Kommunisten, Sozialisten, Christen und Unionisten) einmütig. Sie alle sagten, daß es sich um eine Demonstration für die Kontrollausschüsse gehandelt habe, daß die Kalker Arbeiterschaft nicht eher zur Ruhe kommen könne, als bis die Kontrollausschüsse anerkannt sind und ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Hungerkrawalle in Hamburg.

Die für die breiten Schichten nicht mehr tragbaren Riesenpreise aller notwendigen Bedarfsartikel haben die Erregung der arbeitenden Bevölkerung gesteigert. Wie stark hier die Teuerung ist, erhellt daraus, daß man für ein Pfund Butter 1500 Mark zahlt. Deshalb sammelte sich am 13. November eine Volksmenge in den Straßen und veranstaltete Kundgebungen gegen die Aushungerung und Auswucherung. Angeblich um ein Stürmen von Läden zu verhindern, griff die Polizei ein.

Weitere Teuerungskrawalle.

Wie die „PPR" aus Wiesbaden mitteilen, kam es am 11. November in Herborn und Dillenburg (Rheinland) aus Anlaß von Lohnstreitigkeiten zu ernsten Unruhen. Nach der Schilderung der „PPR" soll es dabei zu Plünderungen von Schuh-, Konfektions- und Lebensmittelgeschäften gekommen sein. Es sollen für mehrere Millionen Mark Gegenstände geplündert worden sein. Zurzeit ist wieder „Ruhe" eingetreten.

„Auf zum Meuchelmord!"

Die Redaktion unseres Münchener Parteiorgans, der „Neuen Zeitung", erhielt unter anderen Drohbriefen, die bei den Eingängen eines kommunistischen Blattes in Oberbayern alltäglich sind, folgendes Schreiben:

„Du Saublatt, Du dreckiges!

Hetz nur weiter so, dann holt euch bald der verdiente Lohn!

Auf zum Arbeitermord heißt die Parole jetzt. An die Wand stellen wir euch alle, ihr Judengesindel, ihr dreckiges, in Arbeiterblut wollen wir waten, auf zum Mord!

Hoch Ehrhardt, hoch Hitler!

Bald werden wir eure Saubude sprengen, ihr Geschmeiß!

Winselt nur ihr Drecksbande! Bald krachts überall!

Hei, das wird ein blutiger Tanz!

Hoch die Monarchie!

Die Polizei verlacht euch mit eurem Gewinsel.

Die Faszisten."

Auch wir haben schon Drohbriefe reaktionärer Halunken erhalten. Zwar schwärmen die schlesischen Faszisten noch nicht so offen vom Arbeitermord wie ihre bayerischen Kumpane; doch lassen ihre Andeutungen von Galgen usw. erkennen, daß sie dieselben Mordgesellen sind, wie die bayerischen Hitlerbanden.

Es ist klar, daß die Reaktionäre die Absicht haben, nach dem Programm zu verfahren, das in dieser Sudelei niedergelegt ist. Wenn die Arbeiterschaft sich nicht rechtzeitig schützt, so wird zweifellos der Versuch gemacht werden, die angekündigten Terroristenstreiche durchzuführen.

Die Kölner Metallarbeiter für die proletarischen Kontrollorgane.

In einer am 8. November stattgefundenen Mitglieder-Generalversammlung des DMV., Wirtschaftsbezirk Köln, referierte Reichel vom Hauptvorstand über die Aufgaben der Gewerkschaften und die augenblickliche Lage. Die Tendenz seiner Ausführungen waren Entschuldigungen für die Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft. Als Korreferent sprach Kollege Jannack (Remscheid). Er zerpflückte die Illusionen des Hauptredners und wies den einzig gangbaren Weg des geschlossenen Abwehrkampfes des gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Folgende Resolution wurde mit erdrückender Mehrheit angenommen:

„Die am 8. November im Volkshaus zu Köln tagende Mitgliederversammlung des DMV. hat erkannt, die bisherige Taktik der Gewerkschaftsleitung als solche unzulänglich ist, weil auf Grund dieser Taktik die Arbeiterschaft in eine Verelendung hineingeraten ist, die die größte Gefahr in sich birgt, daß Millionen Proletarier dem Hungertode ausgeliefert werden. Deshalb hat ein großer Teil der organisierten Arbeiterschaft zur Selbsthilfe gegriffen und sich eine Organisation geschaffen, die sich in der Betriebsräte-Bewegung verankert. Wir fordern die Spitzenorganisation der Gewerkschaften auf, diese Bewegung aufs kräftigste zu unterstützen und sich nötigenfalls an die Spitze dieser Bewegung zu stellen."

Königsberger Eisenbahner für den Reichsbetriebsrätekongreß.

Eine am 6. November in Königsberg tagende Mitgliederversammlung des DMV. nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie die Notwendigkeit der Kontrolle der Produktion und des Verkehrs zur Verhinderung noch größeren Elends betonte. Da die Gewerkschaftsinstanzen sich bisher der Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses widersetzten, spricht die Mitgliederversammlung allen Kollegen, die an dem Zustandekommen des Kongresses mitarbeiten, wärmste Sympathie und die Zusicherung aktiver Unterstützung aus.

Das Unternehmertum diktiert die Arbeitszeitverlängerung.

Vorstoß der Farbwerke Leverkusen.

Am 4. November fand in den Farbwerken Leverkusen eine Sitzung der Direktion mit dem Arbeiterrat und Gewerkschaftsvertretern statt. Die Direktion stellte an die Arbeitervertreter die Forderung der Aufhebung des Achtstundentages. Es müßten jetzt neun Stunden gearbeitet werden, um die „Produktion zu heben" und um in dem kommenden wirtschaftlichen Kampf mit dem Ausland gerüstet zu sein. Arbeiterrat und Gewerkschaftsvertreter lehnten die Forderung der Direktion ab.

Der Kuhhandel um das „Kabinett des Wiederaufbaues".

Eine Berliner Montagszeitung meldet:

Heute nachmittag um 3 Uhr tritt der Reichstag nach dreiwöchiger Pause wieder zusammen. Die Bestrebungen in dieser Zwischenzeit, die Vereinigten Sozialdemokraten und die in der Arbeitsgemeinschaft der Mitte zusammengeschlossenen Parteien auf ein Wirtschaftsprogramm zu einigen, haben sich bisher nur zu einem Teil verwirklicht.

Am gestrigen Sonntag ist man in der sogenannten zweiten Kommission, die von den beiden Parteigruppen zur Beratung der allgemeinen Wirtschaftsfragen eingesetzt wurde, zu einer Einigung über gewisse Leitlinien für ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm gekommen. Das Reichskabinett war bei diesen letzten Beratungen auch durch den Reichsfinanzminister Dr. Hermes, den Reichswirtschaftsminister Schmidt und den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vertreten.

Wenn auch diese gestrigen Beratungen in keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Kabinettsbildung zu bringen sind, so deutet die Festsetzung gewisser, wenn auch noch so sehr allgemein gehaltener Grundlinien über ein Wirtschaftsprogramm doch auf ein Streben zur großen Koalition.

Es handelt sich in diesem Stadium um eine verschleierte große Koalition, genannt „Kabinett des Wirtschaftsaufbaus".

Heraus mit Ghezzi und Vachi!

Der grundlos seit Monaten durch den langwierigen Bürokratismus der deutschen Regierung inhaftierte italienische Syndikalist Ghezzi ist seit Freitag im Hungerstreik.

Eine überfüllte Versammlung der Freien Arbeiter-Union (Syndikalisten) nahm hierzu folgende Entschließung an:

„Die am 12. November in den Sophiensälen tagende öffentliche Volksversammlung mit anschließender Demonstrationsversammlung vor dem Berliner Polizeipräsidium protestiert gegen die gröbliche Verletzung des politischen Asylrechts durch die deutsche Regierung. Sie nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der langen Inhaftierung der italienischen Revolutionäre

Francesco Ghezzi und Romeo Vachi

und ist tief bewegt durch den Hungerstreik Ghezzis. Die Versammlung erklärt, daß die Regierung durch ihr langes Zögern Ghezzi zu diesem letzten, verzweifelten Akt getrieben hat. Für die Folgen, die aus diesem Schritt für Ghezzi entstehen, trägt die deutsche Regierung allein die Verantwortung.

Die Auslieferung Ghezzis und Vachis an die italienische Faszistenregierung würde allen internationalen Rechtsgepflogenheiten Hohn sprechen und darf nicht erfolgen.

Die Versammlung fordert die Regierung auf, endlich ihr Schweigen und ihre zweideutige Haltung aufzugeben und die beiden Italiener sofort freizugeben.

Welche Partei darf den Erfolg für sich buchen?

Die Presse der VSPD. kann sich nicht genug tun, den „Erfolg" der Sozialdemokraten bei den sächsischen Landtagswahlen zu rühmen. Sie hat es durch einen schlauen rechnerischen Kniff so darzustellen versucht, als ob von den früheren Nichtwählern sich diesmal ein weit größerer Prozentsatz für die VSPD., als für die KPD. entschieden habe. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Um festzustellen, ob eine Partei wirklich gewonnen oder verloren hat, muß die prozentuale Steigerung mit der gesteigerten Wahlbeteiligung verglichen werden. Tut man das, so ergibt sich folgendes Bild:

	1922	1920	Steigerung in Proz.
KPD.	266 755	177 870	50 Proz.
VSPD.	1 059 131	874 510	21,1 „
Deutschnationale	490 373	434 293	12,9 „
Deutsche Volkspartei	474 484	385 010	23,2 „
Demokraten	214 190	159 801	34 „
Zentrum	22 288	22 731	—2 „
Steigerung der Wahlbeteiligung			22,7 „

Es zeigt sich also, daß die Kommunisten nicht nur die prozentual weitaus stärkste Zunahme zu verzeichnen haben, sondern daß außer ihnen und den Demokraten, die ebenfalls angewachsen, alle übrigen Parteien, gemessen an der gesteigerten Wahlbeteiligung, verhältnismäßig verloren haben. Die VSPD. hat nach dieser einzig richtigen Berechnung 1,6 Prozent Stimmen eingebüßt. Das Verhältnis der Stimmenzahl der KPD. zu der der VSPD. hat sich von 20 Prozent im Jahre 1920 auf 25 Prozent im Jahre 1922 erhöht. Sicherlich hat die KPD. noch eine gewaltige Arbeit bis zur Erringung der Mehrheit der Arbeiterschaft auch in Sachsen vor sich. Für die VSPD. liegt aber kein Anlaß zum triumphieren vor.

Konflikt zwischen Sowjet-Rußland und Italien?

Sowjetrußland sperrt sechs Häfen für italienische Schiffe und stellt dem italienischen Botschafter die Pässe zu.

Die Zeitung „Piccolo" (Mailand) meldet aus Moskau, die bolschewistische Regierung habe die russischen Häfen für die italienischen Schiffe gesperrt. Der Grund dieser Maßnahme ist nicht bekannt. Laut „Giornale di Roma" legt die bolschewistische Regierung der Republik Georgien der italienischen Mission in Tiflis die größten Schwierigkeiten in den Weg. Sie hat den italienischen Vertretern die Erlaubnis zur Errichtung einer Funkstation entzogen. Der erste italienische Vertreter reiste infolgedessen nach ergebnislosem Protest ab. Sein Nachfolger Graf Lamagnola ist von der bolschewistischen Regierung aufgefordert worden, jede Tätigkeit als italienischer Vertreter einzustellen.

WTB. meldet aus Paris:

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel haben die Bolschewisten in Baku den Passagierdampfer Graz des Lloyd Triestino beschlagnahmt. Die türkischen Behörden behaupten, den Grund der Beschlagnahme nicht zu kennen, es verlaute jedoch, daß es sich um eine Antwort auf den Sieg der Faszisten handele.

Diese Maßnahmen der Sowjetregierung sind aller Wahrscheinlichkeit nach darauf zurückzuführen, daß Mussolini wegen der Verletzung der Exterritorialität der russischen Handelsdelegation in Rom trotz der Protestnote bis heute keine Genugtuung gegeben hat.

Erdbeben in Chile.

Wie aus Santiago gemeldet wird, wurde am 12. November an der ganzen chilenischen Küste ein heftiges Erdbeben verspürt. Man zählt 200 Tote und 400 Verletzte. Mehr als 500 Häuser wurden zerstört, hauptsächlich durch das Eindringen der Flut, die stellenweise bis eine Viertelmeile ins Land drang. Das Zentrum der Erschütterung lag zwischen Coquimbo und La Serena. In diesen Städten waren die Erschütterungen am größten. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen mit Argentinien sind unterbrochen. Mehrere Kabel wurden zerstört.

Die Verbindungen mit Chile sind wiederhergestellt, so daß es möglich geworden ist, über das Erdbeben nähere Einzelheiten zu erfahren. Es scheint aus den letzten Meldungen hervorzugehen, daß die Zahl der Toten weit größer ist als anfangs angenommen wurde. Eine bestimmte Zahl kann jedoch nicht angegeben werden. In Santiago zählt man allein 100 Tote. Im Norden des Landes sind mehrere Städte durch haushohe Sturzwellen überflutet worden, so daß die Menschen im Wasser ertranken. Es erfolgten im ganzen zwei Erdstöße, von denen der zweite der heftigere war. Der Schaden läßt sich noch nicht abschätzen, dürfte sich aber auf mehrere Millionen belaufen.

An unsere Berichterstatter.

Genossen! Durch die plötzliche Verhaftung unseres Genossen Kraft ist eine Stockung in unseren Redaktionsgeschäften eingetreten. Dadurch sind eine ganze Anzahl Berichte liegengeblieben. Wir werden diese — soweit sie noch aktuell sind — in den nächsten Tagen veröffentlichen und erwarten von den Genossen angesichts der Lage Geduld.

Die Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung".

Schlesische Rundschau.

Massendemonstration der Arbeiterschaft von Beuthen und Umgegend gegen Knüppel-Kunze.

Knüppel-Kunze und seine bewaffneten Trabanten haben sich am Sonntag in Beuthen eine gründliche Abfuhr geholt. Im Anschluß an die kommunistische Versammlung im Beuthener Konzerthaus formierte sich eine Massendemonstration kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter, die auf annähernd 10 000 Mann geschätzt wurde. „Gegen den Faszistenaufmarsch!" „Nieder mit den Schiebern und Wucherern!" waren die Parolen. Knüppelkunze mußte angesichts dieses Massenaufmarsches der Beuthener Arbeiterschaft seine Absicht, Hetzversammlungen gegen Sozialisten und Kommunisten zu veranstalten, aufgeben und schmählich kapitulieren.

Solch ein Empfang muß Knüppel-Kunze überall da bereitet werden, wo er sich sehen läßt.

An alle Ortsgruppenvorstände, Wahlausschüsse und Vertrauensleute im Wahlbezirk.

1. Die Sammellisten der Kommunistischen Partei zur Durchführung der Land- und Reichstagswahlen müssen spätestens bis Sonnabend, den 18. November, beim Wahlkomitee abgerechnet werden, ganz gleich, ob Summen darauf gezeichnet sind oder nicht.

2. Die Ortsgruppen haben im Laufe der Woche einen Kurier zu entsenden, der Stimmzettel, Flugblätter und Plakate abholt.

Das Wahlkomitee

Gez.: Smolka, Gleiwitz, Hüttenstr. 2.

Ein altpreußischer Gefängniswärter.

Viel ist schon davon gesprochen und geschrieben worden, daß die Beamten vom alten Schrot und Korn in der Republik nicht amtieren können, daß sie beseitigt werden müssen. Bei diesen Worten ist es aber geblieben. Wir werden ein kleines Beispiel dafür geben, wo noch aufgeräumt werden kann.

Der Pförtner des Untersuchungsgefängnisses Breslau, Graupenstraße, ist noch ein Ueberbleibsel der alten Zeit. Er glaubt noch immer die Leute, die durch die von ihm bewachte Pforte gehen müssen, behandeln zu können wie Rekruten. Ein Genosse wollte gestern für Genossen Kraft Zeitungen abgeben. Er war vom Untersuchungsrichter ausdrücklich dahin bestellt worden. Der Pförtner wollte ihn jedoch wieder zum Untersuchungsrichter zurückschicken. Die Genossin, die mit unserem Genossen dort war, steckte er sogleich wieder auf die Straße und mutete ihr zu, dort in der Kälte zu warten. Unser Genosse erklärte dem Pförtner, daß er es satt habe, sich auf der Nase herumtanzen zu lassen. Darauf sagte ein anderer Beamter, der sich im Pförtnerhäuschen aufhielt, zu seinem Kollegen, er solle sich nicht so lange mit unserem Genossen unterhalten, sondern ihn einfach auf die Straße setzen. — Schon vor einigen Tagen hatte unser Genosse mit demselben Beamten zu tun. Als er dabei die Bemerkung machte, es scheine noch der altpreußische Geist im Breslauer Untersuchungsgefängnis zu herrschen, antwortete der Beamte: „Den wird man auch nicht herausbringen!"

Es scheint uns angebracht, daß dem Gefängnispförtner klargemacht wird, daß der altpreußische Geist in die heutige Zeit nicht mehr paßt und daß er sich angewöhnen muß, die Leute, die den Gefangenen Lebensmittel bringen wollen, als Menschen zu behandeln.

Bilder aus dem Landarbeiterleben.

In Koischwitz (Schlesien) lebt das Gutsbesitzerehepaar Speer, das seine mittelalterlichen Ansichten im Prügeln des Hausmädchens zum Ausdruck bringt. Am 25. Oktober d. Js. soll das Hausmädchen ihre Arbeit nicht so gemacht haben, wie es die Gnädige zu wünschen pflegt. Daraufhin gabs Ohrfeigen. Als das Mädchen ihren Koffer zu packen begann, glaubte der Herr Gutsbesitzer ihr beweisen zu müssen, daß man nicht unbestraft eine Gutsbesitzerin verlassen darf. Faustschläge auf's Auge, Hinschleudern in die Flurecke, Traktieren mit Fußtritten, war das Beweismittel des Herrn Gutsbesitzers.

Im Kreis Glogau erhalten einige Ackerkutscher den fürstlichen Monatslohn von 27,75 Mk. Das Deputat ist gerade ausreichend zur Deckung des Brot- und Kartoffelbedarfs. Die Anschaffung aller übrigen notwendigen Bedarfsartikel soll bestritten werden von den 27,75 Mk. Der Ort, wo dieser Lohn bezahlt wird ist Groß-Gräditz.

Auf dem Dominium Kaltenbrünitz, Kreis Sprottau, verlangte ein Arbeiter vom Gutsinspektor Radecke die Ausbesserung seiner Werkwohnung, da die Scheiben aus den Fenstern fallen und es in die Wohnung einregnet. Die Antwort auf dieses Verlangen war: „Erst kommt der Stall daran und dann ihre Wohnung."

Dies sind nur wenige Fälle aus Tausenden. Will die Landarbeiterschaft diesem Zustand ein Ende machen, dann muß sie sich in einheitlicher Kampffront zusammenschließen, es gilt nicht nur gegen einzelne Gutsbesitzer anzukämpfen, sondern gegen die ganze kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Am energischsten führt diesen Kampf die Kommunistische Partei. Darum, Landarbeiter und Landarbeiterinnen, ist bei ihr auch euer Platz.

Kleinbauern! Landarbeiter!

Während der langen Winterabende wird dir der von der Kommunistischen Partei herausgegebene Bauernkalender „Das freie Land" zu anregenden Stunden verhelfen. Du wirst dadurch bekannt werden mit dem Leben und Treiben der russischen arbeitenden Landbevölkerung, wirst dich erfreuen an den vielen Erzählungen und Bildern, wirst erfahren, wie deine Vorfahren vor mehreren hundert Jahren gegen die Hörigkeit, gegen die Leibeigenschaft gekämpft haben. Unentbehrlich ist dir auch der darin enthaltene Wand- und Trächtigkeitskalender und vor allem das Märkteverzeichnis. Die vorzüglichen wirtschaftlichen und politischen Artikel machen den Kalender zu einem Lehrbuch für Politik und Wirtschaft. Angesichts dieser Reichhaltigkeit ist der Preis von 100 Mk. äußerst gering. Bestelle deshalb sofort den Kalender bei der kommunistischen Buchhandlung, oder direkt vom Verlag „Viva", Berlin, Planufer 17.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsführer kneifen.

„Verkehrsverdünnung" bei der Städtischen Straßenbahn in Breslau.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn hat das Bestreben, die Bürgerschaft Breslaus mehr als bisher verantwortlich zu machen für ihre Sünden.

So und nicht anders ist es, wenn wir feststellen, daß die Verwaltung den noch geltenden 6-Minutenverkehr auf allen Linien in einen 7½-Minutenverkehr umkehren will.

Daß die Fahrpreise einer Erhöhung bedürfen, ist sicherlich niemandem zweifelhaft, angesichts der tieftraurigen Preispolitik, die überall getrieben wird und unter der selbstverständlich auch der Betrieb der städtischen Straßenbahn zu leiden hat. Daß aber mit der Fahrpreiserhöhung auch eine

„Verkehrsverdünnung"

(lies größere Wagenabstände) eintreten muß, wird zur Folge haben Abgänge von Fahrgästen. Die, die Verkehrsmittel der Stadt benutzenden Bürger, in anderheit die Handelsangestellten und die auf schnelle Verkehrsmittel angewiesene Kaufmannschaft, die Hausfrauen, die zu ihren Einkäufen die Straßenbahn benutzen, die Schüler, die zu ihren Unterrichtsstätten fahren, und schließlich Arbeiter, die in den Werken an der Stadtgrenze arbeiten, haben ein Interesse daran, daß sie mit dem Fahren auch Zeit sparen.

In dem Augenblick, wo die Zeitersparnis durch erhebliches Warten an den Haltestellen aufgehoben wird, muß das Interesse an der Straßenbahnfahrt fallen. Die Ausfälle an Einnahmen werden dann durch die gesamte Verwaltung der Stadt auf Gas, Wasser und elektrischen Strom umgelegt.

Es ist dies das schlimmste Mittel, das eine Verwaltung anwenden kann.

Sind doch Gas und Wasser unerläßliche Gebrauchsgegenstände, während die Straßenbahn, die immer benutzt wird, um zum Ziele zu kommen, eine Erhöhung vertragen kann, denn da kommt es nicht darauf an, ob die Fahrt eine Mark teurer oder billiger ist. Die Hauptsache, daß man überhaupt fahren kann.

Wenn nun mit den größeren Wagenabständen eine größere Anzahl Fahrpersonal freiwerden sollte, und die Verwaltung glaubt, an den Löhnen sparen zu können, so ist auch das ein Trugschluß insofern, als das erwerbslos gewordene Personal in Form von Erwerbslosen-Unterstützung wiederum auf die Steuerlast der Bürgerschaft fällt.

Breslau kann mit einer Straßenbahn, die einen 7½-Minutenverkehr hat, nun und nimmer auskommen.

Die Verwaltung scheint zu glauben, daß Breslau überhaupt ohne Straßenbahn auskommen kann, denn in dem Augenblick der Einführung größerer Wagenabstände wird die Zahl der Bahnbenutzer noch geringer als sie jetzt ist und der Betrieb des Unternehmens noch unrentabler als das zurzeit der Fall ist. Die nächste Folge muß die vollständige Betriebseinstellung sein.

Daß das nicht eintreten darf, beweist schon, daß der Herr Regierungspräsident die sofortige Wiedereinführung des 6-Minuten-Wagenabstandes bei der Gürtelbahn verlangt hat.

Es wäre zu wünschen, daß der Fremdenverkehrsverein, die Bürgervereine der Stadt und die sonstigen interessierten Organisationen der Beamten, Angestellten und Kaufleute sich gegen die Verschlechterung unseres Verkehrsmittels, unserer Straßenbahn, mit aller Entschiedenheit wenden.

Zur Sanierung der Straßenbahn könnten beitragen eine Verkürzung der Wagenfolge und ein längeres Anhalten des augenblicklich bestehenden Fahrpreises, der nur dann heraufgesetzt werden darf, wenn diese Heraufsetzung nicht zu umgehen ist. Heute, glauben wir, ist sie noch zu umgehen; denn die Verwaltung hat u. a. eine doppelgleisige Weiche zum augenblicklichen Nennwert von 3 Millionen Mark bestellt, die wahrscheinlich am Tage der Lieferung 15 Millionen Mark kosten wird. An ein Einbauen der Weiche ist in absehbarer Zeit nicht zu denken, da dies Einbauen den Anschaffungspreis mindestens verfünffachen würde.

Die Verwaltung der Städtischen Straßenbahn muß sich schon den Zeitverhältnissen einfügen, wenn sie als Treuhänderin der Bürgerschaft Breslau betrachtet und geschätzt sein will.

Das Personal der Städtischen Straßenbahn.

Wir haben uns schon des öfteren mit der Frage der Massenentlassungen bei der Städtischen Straßenbahn beschäftigt. Von vornherein haben wir nicht erwartet, daß die Gewerkschaftsführer und die SPD.-Stadtverordneten die Massenentlassungen mit allen Mitteln verhindern werden, obwohl es in ihrer Macht steht. Das oben angeführte Schreiben des „Personals der Städtischen Straßenbahn" übertrifft aber alle Erwartungen. Ein solch erbärmliches Gestammel hätten wir doch nicht erwartet. Nicht umsonst schieben die Gewerkschaftsführer jetzt das Personal vor. Denn sie sind die Väter des obigen Schreibens und wir glauben nicht fehlzugehen mit der Annahme, daß dieses Schreiben direkt aus dem Büro des Transportarbeiterverbandes in unsere Hände gelangt.

Wir wollen nun dieses Schreiben etwas ergänzen. Es wurde uns mitgeteilt, daß eine Kommission zu der Frage des 7½-Minutenverkehrs Stellung genommen hat. Dieser Kommission gehörten auch Sozialdemokraten an. Sie benutzten die Gelegenheit nicht, die Einführung dieses 7½-Minutenverkehrs zu verhindern, obwohl in der Sitzung bekannt wurde, daß dadurch 500 Straßenbahner brotlos werden. Sie trifft im besonderen die Schuld an dem Elend, das diese Straßenbahner zu spüren bekommen.

Weshalb aber führen die SPD.- und Gewerkschaftsführer diese Komödie auf? Sie haben es ja in der Hand im Stadtparlament die Einführung des 7½-Minuten-Verkehrs und damit die Entlassungen der Straßenbahner zu verhindern. Es ist ganz klar: die SPD.-Führer wollen die Verantwortung auf den Magistrat abschieben. **Sie wollen die Massenentlassungen nicht verhindern.** Ihr Schreiben, zu dem sie den Namen der städtischen Arbeiter mißbrauchen, ist nichts als eine Entschuldigung der arbeiterfeindlichen Politik. Bezeichnend ist ihr Geständnis, die Straßenbahnfahrpreise könnten schon Erhöhungen ertragen. Kurz vorher stellen sie aber fest, daß die Arbeiter und Angestellten auf die Benutzung der Straßenbahn angewiesen sind! Sie lassen also durchblicken, daß sie weiter die Straßenbahnfahrpreise erhöhen wollen, ungeachtet dessen, daß die Arbeiter dabei Schaden erleiden.

Das Personal der Städtischen Straßenbahn kann und darf sich mit solchen diplomatischen Spitzfindigkeiten wie der vorliegende Artikel nicht zufriedengeben. Nicht kleinbürgerliches Verlegenheitsgestammel, sondern proletarischer Klassenkampf ist sein Mittel. Darum müssen die städtischen Straßenbahner nochmals mit allem Nachdruck von den sozialdemokratischen Stadtverordneten verlangen, daß sie die Entlassungen von Straßenbahnern nicht nur mit schönen Reden im Stadtparlament, sondern in Wirklichkeit verhindern!

Erfolgreicher Landarbeiterstreik.

Aus Fuchsmühl, Kreis Lüben (Schlesien), wird berichtet:

„Anfang des Jahres hat der Betriebsrat des hiesigen Gutes mit der Gutsverwaltung vereinbart, daß außer den drei Urlaubstagen noch drei freie Tage im Jahr gewährt werden und zwar am 1. Mai, am Herbstjahrmarkt und Kirmes-

---

Drei Menschen

40) **Roman von Maxim Gorki.**

„Da hast du ja recht . . . Wollen wir irgendwo einkehren? Können da weiterplaudern . . . Ich muß noch irgendwohin, aber es hat Zeit . . . Vielleicht kannst du auch dahin mitgehen . . ."

Ilja war mit Paschkas Vorschlag einverstanden und nahm freundschaftlich seinen Arm. Pawel sah ihm noch einmal ins Gesicht und sagte lächelnd:

„Wir waren eigentlich nie recht befreundet, aber ich freu' mich immer, wenn ich dich treffe."

„Das ist ja deine Sache," meinte Ilja scherzend . . . „Meinetwegen freu' dich nicht!"

„Ach Bruder," unterbrach Pawel seine Rede, „du hast gut spaßen! Ich hatte eben ganz anderes im Sinne, als du mich einholtest. Aber lassen wir das . . ."

Sie gingen in die erste beste Schenke, die sie trafen, setzten sich dort in einen Winkel und bestellten sich Bier. Beim Lichte der Lampe sah Ilja, daß Pawels Gesicht mager und eingefallen war. — Seine Augen hatten etwas Unruhiges, und die Lippen, die früher in munterer Spottsucht halb offen gestanden hatten, waren jetzt fest geschlossen.

„Wo arbeitest du denn?" fragte Ilja.

„Wieder in einer Buchdruckerei," sagte Pawel mißmutig. „Ist's schwer da?"

„Das nicht . . . Mehr Spielerei als Arbeit . . ."

Ilja fühlte eine unbestimmte Genugtuung, als er den sonst so munteren, kecken Paschka traurig und sorgenvoll sah. Er hätte gern erfahren, was Pawel so verändert hatte, und indem er Paschkas Glas füllte, begann er ihn auszufragen:

„Na — und wie steht es mit dem Verfemachen?"

„Das hab' ich jetzt sein lassen . . . Aber früher hab' ich viel Gedichte gemacht. Ich hab' sie dem Doktor gezeigt — der hat sie gelobt. Eins hat er sogar in einer Zeitung abdrucken lassen. Neununddreißig Kopeken hab' ich dafür bekommen . . ."

„Oho!" rief Ilja aus. „Das läßt sich hören! Was waren denn das für Verse? Sag sie doch mal her!"

Iljas brennende Neugier und ein paar Gläser Bier machten Gratschew in Stimmung, seine Augen blitzten, und die hohlen Wangen röteten sich.

„Was soll ich dir aufsagen?" sagte er, sich mit der Hand die Stirn reibend. „Ich hab' alles vergessen, bei Gott, ich hab's vergessen! Wart', vielleicht fällt's mir wieder ein . . . Ich hab' immer so viel von dem Zeug im Schädel — wie Bienen schwärmen sie darin herum . . . summen nur so! Manchmal, wenn ich anfange zu dichten, gerat' ich ganz in Hitze . . . Es kocht förmlich in meiner Seele, und die Tränen kommen mir in die Augen . . ."

„Was du sagst! Wie kommt denn das?" fragte Ilja erstaunt und mißtrauisch.

„So . . . Es brennt und lodert was in dir, du willst es recht geschickt ausdrücken und findest keine Worte . . . Na, und da wirst du wütend . . ." Er seufzte, schüttelte den Kopf und fuhr fort:

„Ob' dir's entschlüpfte, schien's gar wichtig, und schreibst du's nieder, ist's so nichtig . . ."

„Sag doch ein paar von deinen Versen her," bat ihn Ilja.

Je genauer er Pawel anschaute, desto mehr wuchs seine Neugier, und nach und nach gesellte sich zu dieser Neugier ein anderes, gutes, warmes und zugleich wehmütiges Gefühl.

„Ich mache meistens solch lächerliche Verse . . . auf mein eigenes Leben," sagte Gratschew und lächelte befangen.

„Gut, so sag doch diese lächerlichen Verse her!" sagte Ilja hartnäckig.

Da schaute sich Gratschew um, hustete, rieb sich die Brust und begann mit gedämpfter Stimme hastig zu deklamieren, ohne dabei den Freund anzusehen:

„Nacht ist's . . . und so traurig! Durchs Fenster herein
Wirft der Mond mir ins Kämmerchen seinen Schein,
Er lächelt und winket gar freundlich mir,
Und bläuliche Muster malt er als Zier
An die steinerne Wand, so feucht und so kalt,
Auf die Tapeten, zerrissen und alt.
Ich sitze in finstrer Gedanken Bann —
Und den Schlaf ich nimmermehr finden kann . . ."

Pawel machte eine Pause, seufzte tief auf und fuhr dann langsamer und leiser fort:

„So grausam tat mich das Schicksal packen,
Zerstückelt mir das Herz, schlug mich rauh in den Nacken,
Entriß mir mein Letztes — mein trautes Lieb,
Und zum Troste mir nur die Flasche verblieb . . .
Da steht sie, mit Branntwein gefüllt, und blinkt
Im Mondenscheine und lächelt und winkt . . .
Und ich heile mit Branntwein mein Herz so krank,
Meinen Sinn umnebelt der Feuertrank —
Die Gedanken fliehen, es naht mit der Schlummer . . .
Vielleicht noch ein Gläschen . . . für den Kummer? . . .
Und ich trinke noch eins . . . Wer schläft kann's entbehren —.
Ich muß mich des Kummers erwehren . . ."

Als Gratschew seinen Vortrag beendet hatte, blickte er forschend auf Ilja, ließ dann seinen Kopf noch tiefer sinken und sagte leise:

„Von dieser Art, siehst du, sind sie meistens, meine Verse . . . 's ist ziemlich unsinnig . . ."

Er trommelte mit den Fingern auf dem Tischrand und rückte unruhig auf dem Stuhle hin und her.

Ein paar Sekunden sah Ilja mit durchdringendem Blick auf Gratschew, und sein Gesicht zeigte den Ausdruck ungläubigen Staunens. In seinen Ohren tönten noch die bittenden Worte, und es schien ihm kaum glaubhaft, daß dieser magere, bartlose Knabe mit den unruhigen Augen, in dem alten Baumwollhemd und den schweren Stiefeln diese Verse gedichtet haben sollte.

„Na, Bruder, unsinnig ist das gerade nicht," sagte er langsam und nachdenklich, während er Pawel immer noch musterte. „Im Gegenteil, schön ist's . . . am Herzen hat's mich gepackt . . . wirklich! Sag's doch noch einmal her . . ."

Pawel warf rasch den Kopf in die Höhe, sah mit freudigem Blick auf seinen Zuhörer, und während er näher an ihn heranrückte, fragte er ganz leise:

„Nein, wirklich — gefällt's dir?"

„Bei Gott! Wie sonderbar du bist . . . ich werde doch nicht lügen!?"

„Na, ich will dir's glauben . . . du bist ehrlich . . . Bist überhaupt ein Prachtmensch!"

„Sag's noch einmal auf!"

Pawel deklamierte leise, in melancholischem Tonfall, stockte öfters und seufzte tief, wenn die Stimme ihm versagte. Als er zu Ende war, hatten Iljas Zweifel, daß Pawel selbst der Dichter der Verse sei, sich noch mehr verstärkt.

„Und die anderen?" sagte er zu Pawel.

„Ach, weißt du —" meinte dieser, „ich will lieber mal mit meinem Heft zu dir kommen . . . Denn die meisten meiner Gedichte sind lang . . . und ich hab' jetzt keine Zeit! Ich merk' sie mir auch nicht gut, die Anfänge und Enden verwirren sich mir auf der Zunge . . . Eins zum Beispiel endet so: ich geh' durch den Wald, zur Nachtzeit, und hab' mich verirrt und bin müde . . . Na, und mir wird so bang ums Herz . . . es ist ringsum so still, ich bin allein . . . und nun such' ich einen Ausweg aus meiner Not und Klage:

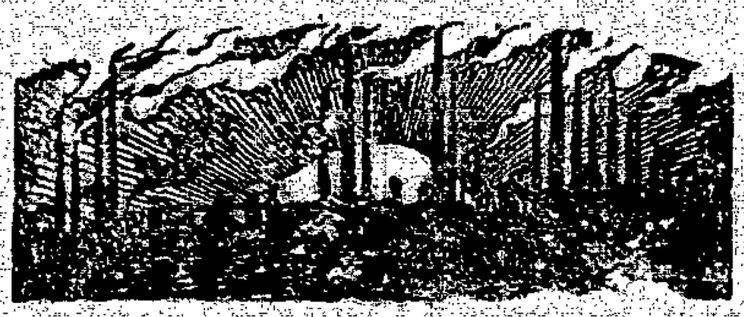
So matt die Füße,
Das Herz so müde,
Keinen Weg ich seh';
O Mutter Erde,
Willst du mir raten,
Wohin ich geh'?!
Ich leg' mich nieder?!
An deinen Busen
Und horch' und späh' —
Und aus der Tiefe
Ertönt ein Flüstern:
Hier birg dein Weh! . . ."

(Fortsetzung folgt.)

tag. Als nun der Jahrmarktstag von allen Arbeitern mit Arbeitsruhe begangen wurde, war es der Gutsverwaltung nicht recht. Unter einem ganz nichtigen Vorwand suchte sie den Betriebsratsvorsitzenden fristlos zu entlassen, als den, der anscheinend daran schuld sein sollte. Daraufhin hat die gesamte Arbeiterschaft die Arbeit niedergelegt, es wurden auch keine Notstandsarbeiten mehr verrichtet. Auf einen daraufhin gefällten Schiedsspruch nahm die Verwaltung die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden zurück.

Durch ihr energisches Auftreten haben die Landarbeiter den Vorstoß der Gutsverwaltung abgewehrt. Die übrige Arbeiterschaft muß sich daran ein Beispiel nehmen und in allen Fällen ebenso geschlossen handeln."

Aus den Betrieben.



Akkordschinderei in der Fabrik Tielsch, Waldenburg-Altwasser.

Die Akkordschinderei ist in dieser Fabrik auf besonderer Höhe. Die Arbeiter ahnen nicht, welche Riesengewinne sie bei dieser erbärmlichen Schufterei für die Kapitalisten erarbeiten und wie sie sich selbst dabei schaden. In dieser Zeit, wo der Arbeiter nicht genügend Lohn bekommt, um nur das zu kaufen, was er zum Leben braucht, seine Kräfte einigermaßen nur wiederherzustellen, darf eine Uebertreibung der Arbeit nicht stattfinden. Es darf nicht vorkommen, daß durch maßlose Akkordschinderei, wie sie in dieser Massenmühle am Platze ist, die übrigen Arbeiter in ihren Leistungen herabgesetzt werden.

Oberste Pflicht eines Proletariers ist Solidarität mit seinen Klassengenossen und Kampfstellung gegen den Kapitalisten. Das Akkordsystem reißt aber die Proletarier auseinander, bringt sie gegeneinander auf zum Wohle der Kapitalisten. Denn er kann die Arbeiter besser ausbeuten, wenn sie uneinig sind. Darum, seid auf der Hut! Macht Front gegen das Akkordsystem. Unterdrückt die unsinnige Schufterei.

Ein Arbeiter.

Lokales.

Breslau.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Mittwoch, den 15. November, kommen folgende Genossen in Frage: Martin Hoffmann, Gotthardt Hoffmann, Richard Monden, Paul Mahe, Flinger, Werner Zschocher, Richard Berneis, Hugo Riedel, Erdmann Stark, Robert Müller, Wilhelm Munder, Edmund Anders, für nachmittags, so zeitig wie nur möglich, da die Schachtarbeit in Angriff genommen ist und bei Eintritt der Dunkelheit wenig zu machen ist.

Für Donnerstag, den 16., sind folgende Genossen vorgemerkt: Fiedig, Vogt, Heinrich Rebohle, Karl Sauter, H. Kornatz, Heinrich Teichmann, Willy Heimann, Paul Zucher. Genosse Mai kommt am Vormittag. Außerdem können sich noch einige Genossen sowie Sympathisierende zur Arbeit für nachmittag oder vormittag melden; Tag gleich.

Außerdem können sich noch Genossen in der Zeit von 4 bis 6 zur Arbeit melden, die damals in der Mitgliederversammlung nicht erschienen waren, also keine Gelegenheit hatten, sich zum Subotnik anzumelden, denen freie Zeit aber zur Verfügung steht.

Ist ein Genosse in der Lage, uns eine größere Karbidlampe zur Verfügung zu stellen? Wir bitten, dieselbe nach der Baustelle, Trebnitzer Straße 50, zu bringen, und wenn möglich etwas Karbid.

An unsere Kolporteure.

Verschiedene Ortsgruppen sind noch heute mit der Abrechnung der ersten Woche rückständig. Wir bitten um sofortige Abrechnung. Desgleichen ist die baldige Abrechnung der zweiten Woche dringend erforderlich. Wir brauchen wohl nicht nachdrücklicher an Zahlung zu erinnern, weil jedem Genossen bekannt sein wird, wie notwendig wir gerade jetzt Geld brauchen und wir nehmen an, daß in Zukunft die Gelder regelmäßiger eingehen.

Die Expedition.

Altwasser.

Unsere Aufgaben in der Partei. Jedes Parteimitglied, das sich zur kommunistischen Partei zählt, ist verpflichtet, seine ganze Person in den Dienst der Partei zu stellen. Wenn wir unsere Bewegung weiter ausbauen, befestigen wollen, muß die Parteiarbeit von möglichst vielen Genossen verrichtet werden. Unsere Hauptaufgaben sind, neue Kämpfer zu gewinnen, sie für den Kampf zu schulen, Leser der „Schlesischen Arbeiterzeitung" zu werben, für unsere gewonnenen Mitkämpfer zu sorgen. Und so gibt es noch eine ganze Menge Arbeit propagandistischer und organisatorischer Art. In diesem Zwecke versuchen die Ortsleitungen immer wieder, gute Parteifunktionäre heranzubilden. Die Ortsleitung kann unmöglich diese Arbeit allein verrichten, sondern sie bedarf der Unterstützung eines jeden Parteimitgliedes.

Wieviel die Ortsleitung durch Heranziehung ihrer Parteimitglieder zur Parteiarbeit, Erfolge erzielen konnte, möchten wir hier kurz bemerken. Bei der letzten Sammlung für die rote Hilfe konnten eine Genossin und ein Genosse, die noch niemals eine Parteiarbeit geleistet hatten, ganz ansehnliche Erfolge erzielen. Die Genossin hatte 622 Mark, der Genosse 240 Mark gesammelt. Kommst daher kein Parteigenosse und sage, die Arbeit bringe ich nicht fertig, oder ich habe keine Zeit oder irgend eine andere Entschuldigung. Wenn jeder das notwendige Pflichtbewußtsein aufbringt, so wird unsere Partei vorwärts schreiten, trotz aller Angriffe unserer Gegner. Die übergeordneten Beispiele mögen für jedes Parteimitglied ein Ansporn sein. Versäume daher niemand, seine Partei- und Gewerkschaftsversammlung zu besuchen, kommunistische Literatur zu verbreiten, sowie sich zu jeder Parteiarbeit zur Verfügung zu stellen. Erst wenn jedes Parteimitglied sich der Bedeutung bewußt ist, dann wird der Partei das leisten können, was ein großer Teil der Arbeiterschaft von ihr erhofft.

Die Ortsleitung.

„Bibel ist Brot". Recht sonderliche Ansichten scheint der Lehrer Reichel in der Neu-Weißstiftner Schule zu haben. Er sagte den Kindern, die keine Bibel haben, und deren Eltern nicht anwesend sind, eine solche zu kaufen: „Bibel ist Brot". Es wäre besser, wenn er den Kindern sagen würde, was Brot ist und von wem sie es bekommen; denn an der Bibel hat sich noch niemand satt gegessen, im Gegenteil, es sind eher Menschen mit der Bibel verhungert. Vielleicht versucht es der Herr Lehrer einmal und verteilt sein Brot an die Armen? — Ueberhaupt schwebt dieser Herr Lehrer Reichel unter die Kinder, die man von einem Stellungen erwarten kann, aber nicht von einem Schullehrer. Wenn er es so weiter treibt, sind die Eltern gezwungen, sich beim Kreisschulinspektor zu beschweren.

Dittersbach.

„Rache für die Gefallenen." Mit welchen Mitteln der hiesige reaktionäre Kriegerverein vorgeht, um einen neuen Brudermord zu entfachen, zeigt folgender Vorfall: Der Kriegerverein beabsichtigt, hier in Dittersbach ein Kriegerdenkmal zu setzen mit der Inschrift: Rache für die Gefallenen. Um ihr Vorhaben durchzuführen, ersuchen sie hiesige Vereine und die Gemeindeverwaltung um Unterstützung. Soweit uns bekannt ist, hat die Gemeinde vorläufig ihr Ansinnen zurückgewiesen. Auch an den politisch neutral eingestellten Bund für ehemalige Kriegsgefangene erging von seiten der Orgeschbande das Ersuchen, an ihrem Nationalhaß Anteil zu nehmen. Der Bund für Kriegsgefangene entschied in einer stattgefundenen Versammlung zu ungunsten dieser blutgierigen Hyänen. Er forderte als einzige Parole „Nie wieder Krieg".

Es ist ein Warnungszeichen für die Arbeiterschaft, daß die Kriegervereinler jetzt offen „Rache für die Gefallenen" fordern. Sie halten die Zeit für gekommen, wieder offen mit der Kriegshetze zu beginnen und den nationalistischen Haß erneut unter die Bevölkerung zu säen. Für die Arbeiter Grund genug, den Leuten energisch entgegenzutreten und ihr Treiben zu unterbinden.

Konradsthal.

„Gerichtlicher Beschluß ist uns nicht maßgebend." Dieser Ausspruch kommt von einem Menschen, der den Kreisen angehört, welche die Worte „Recht und Ordnung" so oft im Munde führen. Es betrifft den glänzend bewährten Herrn Hausbesitzer Gärtner. Von seiten des Amtsgerichts Waldenburg war der Spruch gefällt worden, daß die Vermieterin Schmidt verpflichtet ist, den Mietern das elektrische Licht wieder zu liefern. Trotzdem konnte das Urteil nicht vollstreckt werden, weil sich die Vermieterin von der Genossenschaft das Licht hatte wegschneiden lassen. Von den sozialistischen Gemeindevertretern war der Antrag gestellt worden, eine Verhandlung zwecks gütiger Einigung anzuberaumen. Als die Mieter das Gerichtsurteil als Grundlage der Verhandlung anführten, tat Herr Gärtner, als Vertreter des Hausbesitzervereins, den Ausspruch: „Für uns ist der Gerichtsbeschluß nicht maßgebend." Die Leser können sich ja ein Bild machen von dem Rechtsempfinden der Kreise des Herrn Gärtner. Ein weiterer Kommentar erübrigt sich.

Ober-Hermsdorf.

Ein Proletarierschinder. In welch roher Weise hungernde Proletarier behandelt werden, zeigt folgender Vorfall: Eine Mutter von 6 Kindern ging, um ihren Kindern den Hunger etwas zu stillen, Kartoffeln stoppeln. Dabei wurde sie vom Wirtschaftsbesitzer H. Berg-Ober-Hermsdorf angetroffen. Zunächst nahm er ihr die paar Kartoffeln samt dem Säckchen weg und erklärte ihr, die Kartoffeln können lieber verfaulen, weil er Dünger brauche. Dann schimpfte er: Ihr Bettelleute bekommt den Magen gar nicht voll. Als nun die Mutter ihm ihr Leid klagte, daß sie 6 Kinder habe usw., sagte er: „Ihr bekommt ja genug Kindergeld, da könnt Ihr sie doch satttüttern." Die Mutter mußte nun das Feld verlassen.

Proletarier, seht euch diesen Herrn an, der kein Erbarmen mit hungernden Kindern hat. Aufgabe der Arbeiter von Ober-Hermsdorf muß es sein, diesem Schinder auf gebührende Art entgegenzutreten.

Liebau.

Freidenkerversammlung. Am Sonntag, den 5. Oktober, fand im Schwarzen Adler eine Versammlung aller Freidenker Liebaus statt, die gut besucht war. Der Referent sprach über das Thema: „Religion, Kirche, Freidenkertum." Er schilderte den Anwesenden in überzeugenden Worten die geschichtliche Entwicklung der Erde und der Menschen, und legte die krassen Widersprüche dar, in denen sich die Bibel mit der natürlichen Entwicklung befindet. Auch vor der blutigsten Gewalt schreckt die Kirche fast aller Konfessionen nicht zurück, was ja die Inquisitionen der katholischen Kirche und die Propaganda aller Konfessionen für den Weltkrieg bewiesen haben. Wie stehen also ihre Taten zu den Worten, welche diese Götzendiener predigen.

In der regen Aussprache, welche dann einsetzte, wurde einmütig kund, auch in Liebau mit dieser wilhelminischen Einrichtung Schluß zu machen und selbst eine Gemeinschaft aller Freidenker zu gründen. Es traten auch sofort über 20 der freireligiösen Gemeinde bei und wählten sich einen Vorstand. Es wird erwartet, daß alle diejenigen, welche schon längst innerlich mit ihrer jetzigen Konfession gebrochen haben, auch dieses äußerlich tun und sich der freireligiösen Gemeinde anschließen. Nächste Versammlung findet Sonntag, den 13. 11., im Schwarzen Adler statt und wenn sich jeder Freidenker einer Lage bewußt ist, werden wir schöne Fortschritte auch in unserem schwarzen Neste haben.

Oberleppersdorf bei Landeshut.

Eine rohe Hausbesitzerin. Am 1. 11. 1922, abends 7½ Uhr, ereignete sich durch Nichtbeachtung des Hausflures der Frau Kaufmann Böhm ein Unglück fall der Mutter des Genossen Willy Polenszky, Oberleppersdorf 63a, Kreis Landeshut. Frau Böhm wurde eine Stunde vorher von einem Hausbewohner angebettelt, eine elektrische Birne zu liefern, was sie aber ablehnte mit der Begründung, sie habe keine Birne da. „Wenn ihr Licht haben wollt, so kauft euch eine, wir sind sie zu teuer". Der Hausbewohner machte darauf aufmerksam, daß sich ein Unglücksfall ereignen könnte. Da auf erwiderte die Hausbesitzerin, wenn jemand die Knochen bricht, das gehe sie nichts an. — Frau Polenszky verunglückte so schwer, daß sie doppelte ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen muß. Die Ärzte stellten einen schweren inneren Blutgerinnsel am linken Arm und Knieschenkel fest. Die Frau wird durch den Unfall unfähig, die häuslichen Arbeiten zu erledigen. Nach Mitteilung des Unfallhergangs äußerte die Wirtin, sie sei in der Hestpflicht. Wenn sie zur Anzeige gebracht wird, würde alles bezahlt. Hoffentlich werden die Behörden die rohe Hausbesitzerin belehren, wie sie mit ihren Mietern umzugehen hat.

Doppeln.

Deutsch-russisches Meeting.

Eine Revolutionsfeier anläßlich der fünfjährigen Wiederkehr der russischen Revolution, wie sie wohl niemals in Oppeln gesehen wurde, veranstaltete die hiesige Ortsgruppe der KPD. am 7. November.

Stimmungsvolle Weise, gespannt mit revolutionärem Willen, verschönte das Bild des ganzen Abends in dem schönen Saal der Oberrealschule. Ein reichhaltiges Programm mit musikalischen, der Feier des Tages entsprechenden Darbietungen hielt die Zuhörerschaft des vollbesetzten Saales in atemloser Stille. Wirklich erfreulich vorgetragene, in langer Uebung vorbereitete revolutionäre und Volkslieder bot die Mandolinenkapelle der „freien Gewerkschaftsjugend", die sich bereitwilligst für diesen Abend zur Verfügung gestellt hatte.

Eingeleitet wurde die Festrede des Gen. Nick-Berlin über Sowjet-Rußland und den Kampf der deutschen und russischen Arbeiter gegen das Kapital. Desgleichen hielt Artur Wiesner-Breslau, mit seinen Argumenten vom Herzen kommend, packend vorgetragen, die Zuhörerschaft in seinem Bann. So manchem der Anwesenden, die uns noch geistig fernstehen, dürfte der Abend ein Beweis sein, welche frischen, unverbrauchten Kräfte das Proletariat enthält, und daß die Kommunisten Menschen sind, deren Ziel ein hohes und heiliges Ideal ist. Mit dem Mandolinenvortrag „Die Internationale" wurde der äußerst wohlgelungene Abend beendet.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, abends 6 Uhr, im Schützenhaus statt. Es ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen, zu erscheinen. Diejenigen, welche in der am Donnerstag, den 9. November, stattgefundenen Mitgliederversammlung in ihren Wahlbezirken zur Arbeit eingeteilt wurden, werden aufgefordert, zwei bis drei Sympathisierende mitzubringen, damit wir die endgültige Zeiteinteilung für den Wahltag vornehmen können.

Auf zur Tat! Der Vorstand.

Neue kommunistische Literatur.

Soeben erschien zum Jahrestag der Russischen Revolution Heft 9 der Zeitschrift: „Die Internationale" mit folgenden Arbeiten:

N. Lenin: „Marx und Aufstand." Diese Arbeit ist ein Brief Lenins, den er im September 1917, ungefähr einen Monat vor Uebernahme der Macht, an die Zentrale-Kommission der Bolschewiki geschrieben hat, und der heute wieder von aktueller Bedeutung ist.

M. Olivier: „Der Parteikongreß und die gegenwärtige Situation in der französischen Partei."

Außerdem bringt dieses Heft den Schluß der Arbeit von Roy über „den Zusammenbruch des Gandhismus in Indien". Ferner einen großen Artikel von Gricus über das Tribunal von rechts und den monarchistischen Mord, betitelt: „Die Sache hat geklappt". Zum Schluß eine Besprechung des Buches von Roy über Indien.

Diese Nummer eignet sich ganz besonders zur Propaganda, und wir erwarten, daß alle Bezirke von dieser Festnummer eine große Anzahl bestellen.

Bestellungen für diese Sondernummer sind direkt einzureichen an: Biva (Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten), Berlin SW. 61, Planufer 17.

K • P • D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8837. Adresse: Alfred Deltzner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto Breslau 58864, Alfred Deltzner.

Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Sylvester Kassanke, Breslau.

Distrikte 7/8. Donnerstag, den 16. November, abds. 7½ Uhr, „Offener Distriktsabend" im Restaurant zur Stadt Waterloo, Oelsnerstraße 8.

Gemeindearbeiter. Mittwoch, den 15. November, abends 7 Uhr, treffen sich sämtliche Kommunisten der städtischen Betriebe zu einer wichtigen Besprechung im Parteibüro.

Metallarbeiter. Mittwoch, den 15. November, abends punkt 7 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49/50, Zusammenkunft aller im Metallarbeiterverband organisierten Kommunisten. Tagesordnung: Stellungnahme zur bevorstehenden Generalversammlung. Jedes in Betracht kommenden Genossen Pflicht ist es, zu erscheinen. Vor allem müssen die Vertrauensleute und Betriebsräte vollzählig zur Stelle sein.

Agitationskreis Langenbielau. Kreisleiter: Franz Reichel, Langenbielau.

O.-Peilau II. Sonnabend, den 18. November, abends 7 Uhr, Gasthaus zum Schwarzen Bär, öffentl. Volksversammlung.

Peterswaldau. Am Sonnabend, den 18. November, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus Klette, Mittel Peterswaldau, eine öffentliche Mitgliederversammlung statt.

Agitationskreis Ohlau. Kreisleiter: Gustav Wiesner, Ohlau.

Ohlau. Donnerstag, den 16. November, abends 7½ Uhr, bei Schmidt, wichtige Funktionärsitzung.

Ohlau. Freitag, den 17. November, abends 7½ Uhr, bei Schmidt, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Agitationskreis Striegau. Kreisleiter: Fritz Reimann, Striegau.

Freiburg. Mittwoch, den 15. November, abends 7½ Uhr, im „Buchwald", Betriebsrätevollversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Kommunistische Jugend. Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postscheckkonto Breslau 67595 Max Glaser.

Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Gotthard Hoffmann, Breslau, Alsenstraße 30.

Heim Liebknecht. Mittwoch, den 15. November, abends 7 Uhr, im Schulhaus Steinstraße 84, Vortrag des Genossen Fleischer über: „Das Leben Karl Marx und Friedrich Engels." Gäste und Sympathisierende willkommen.

Heim Luxemburg. Mittwoch, den 15. November, abends 7 Uhr, im Schulhaus Brockauerstraße. Fragekastenabend. Gäste willkommen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Hartsch; Inserate: Max Zschocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Die allerbilligsten
Anzüge
Raglans
gefr. Hosen
kaufen Sie am besten direkt aus der Werkstatt im
Herren-Bekleidungshaus
Nikolaistr. 48
am Ringpfeiler
Inhaber
Herm. Partetzke

Soeben neu erschienen:

Spitzel.
Aus dem Sumpf der politischen Polizei.
Broschiert, 61 Seiten stark, Preis 120 M.

Das zukünftige Petrograd.
Von G. Zyperovitsch.
Broschiert, 137 Seiten stark, Preis 180 M.

Theorie
des historischen Materialismus.
Von N. Bucharin.
Broschiert, 372 Seiten stark, Preis 800 M.

Zu beziehen durch: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
Breslau, Nikolaistr. 49/50.
Abteilung: Buchhandlung.